

— Neunzehnter Jahrgang. —

Nr. 9.**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

für die Zeit vom 25. Februar bis 3. März 1910.

Posen, den 8. März 1910.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 41 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 20. Februar 1910:**Die parlamentarische Tätigkeit des
Abgeordneten Dr. von Dziembowski.**

Die Anhänger des Abgeordneten Dr. von Dziembowski sind bis heute noch über uns sehr entrüstet, daß wir ihm das Recht, die Abgeordnetenwürde zu bekleiden, absprechen. Als Grund führen sie seine parlamentarische Tätigkeit an. In Wirklichkeit betrachten wir ganz anders die Abgeordnetenwürde und verlangen zunächst, daß ein polnischer Abgeordneter nicht den kleinsten Schmutzleck an seiner nationalen Ehre haben darf. Aber vom Abgeordneten Dr. von Dziembowski können wir das nicht sagen. Die bisher unaufgeklärte Reijener Angelegenheit wirft auf ihn einen ziemlich dunklen Schatten.

In keiner anderen Volksversammlung könnte ein Abgeordneter, dessen Teilnahme in der dunklen und für die Gesamtheit traurigen Angelegenheit noch nicht gehörig aufgeklärt wurde, auch nur eine Stunde eine so hohe Würde bekleiden. Bei uns ist es anders. Herr von Dziembowski spottet über die Entrüstung der Volksversammlung, er pfeift auf die Resolution der polnischen Fraktion und verspricht, nach 30 Jahren darüber Aufklärung zu geben, wie es sich eigentlich mit Reijen verhält. Es scheint, daß diese Dreistigkeit und seine Ausrede dem Volke imponiert. Daß er reden kann, unterliegt keinem Zweifel, und mit dieser Redegewandtheit zeichnet er sich gern von der Tribüne des Deutschen Reichstages herab aus, wo er glänzen kann. Dagegen die stille Arbeit ohne Widerhall, welche Zeit und Anstrengung erfordert, ist dem Herrn Dr. von Dziembowski nicht lieb.

Als wir unlängst in Posen verweilten, erhielten wir in dieser Angelegenheit aus glaubwürdigen Kreisen interessante Informationen. So haben wir erfahren, daß auf seine ausdrückliche Bitte die polnische Fraktion den Herrn Dr. von Dziembowski zu der Kommissionsberatung über das Projekt des neuen Strafgesetzbuches abgesandt hat. Er ging mehrere Male dahin, stellte Anträge, aber von da an glänzte er durch seine Abwesenheit. So auch in diesen Tagen, als es sich um den Beleidigungsparagraphen handelte, war Herr von Dziembowski nicht da, obgleich in der Kommission öffentlich nach ihm gefragt wurde. Dieser Paragraph betrifft hauptsächlich die Interessen der polnischen Zeitungen, denn er verschärft die Strafen für Beleidigung, und es ist bekannt, daß solche Prozesse am meisten die polnischen Zeitungen treffen. Die Regierung will sie

also mit Hilfe dieses Paragraphen im Zaune halten. Darüber macht sich Herr von Dziembowski keine Kopfschmerzen, und er sieht es auch gar nicht für seine Pflicht an, die Interessen unserer Zeitungen zu verteidigen, weil sie ihn, wie er sagt, in nichtswürdiger Weise verleumdend und durchhechelnd — aus Anlaß der Reijener Affäre und wichtiger politischer Abenteuer in der Enteignungskommission.

Solche Vernachlässigung der Abgeordnetenpflichten in solch ungemein wichtigen Sachen muß allgemeine Entrüstung und energischen Protest hervorrufen. Wenn Herr von Dziembowski die Interessen der polnischen Presse nicht verteidigen will, dann möge er sich nicht in die Kommission wählen lassen, in welcher er der Verteidigung obliegen kann. Ebenso gut tut das ein anderer Abgeordneter, welcher mit der polnischen Presse — für unklare Sachen — nicht in ewiger Zwietracht lebt. Die ehrliche und unabhängige polnische Presse hat das Recht, zu verlangen, daß man die Verteidigung ihrer Interessen dem Herrn von Dziembowski nicht anvertraut. Wir wundern uns, daß die polnische Fraktion dieses nicht verstanden und solche Taktlosigkeit begangen hat. Es fehlt uns an parlamentarischen Ausdrücken, um das Verhalten des Herrn von Dziembowski gebührend zu kennzeichnen. Wir empfehlen ihn der Aufmerksamkeit seiner Wähler — aber nicht derer aus dem Prälatensaal in Mogilno.

Bei dieser Gelegenheit bemerken wir, daß die polnische Fraktion dem Herrn von Dziembowski die Rede bei dem Etat des Reichskanzlers anvertraut hat. Das ist eine der wichtigsten Reden! Und eine solche Rede überträgt man einem Menschen, der nach Ansicht vieler unabhängiger Leute überhaupt nicht das Recht hat, ein Vertreter der polnischen Volksversammlung zu sein. Die polnische Fraktion, welche doch selbst ziemlich unzweideutig Herrn von Dziembowski verurteilte, stellte sich ein schlechtes Zeugnis aus. Man kann dieses fast geradezu einen Skandal nennen.

Aus Nr. 49 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 2. März 1910:**An die geehrten Wahlkomitees der Stadt
Posen und der Kreise Posen-Ost und -West.**

Nach der Niederlegung des Abgeordnetenmandats seitens des Herrn Rechtsanwalts v. Chrzanowski hat der Posener Regierungspräsident bereits im Auftrage des Ministers des Innern bekannt gemacht, daß im ersten Posener Wahlbezirk Ergänzungswahlen stattfinden sollen.

Der Tag der Wahl ist auf Freitag, den 8. April 1910 festgesetzt. Die Auslegung der Wählerlisten beginnt mit dem 10. März d. J. Zum Wahlkommissar ist der Posener Bürgermeister Künzer, zu seinem Vertreter der Stadtrat Lemmel ernannt worden.

Es ist ein für uns wichtiger Moment eingetreten, welcher darüber entscheiden wird, wer in dem uralten Hauptmittelpunkt des polnischen Lebens unser Vertreter im Deutschen Reichstage sein soll. Auf Euch, Wähler, werden alle Landsleute blicken, denn Euer Sieg wird uns Mut für die Zukunft geben, eine Niederlage aber würde Gedrücktheit hervorrufen, über welche sich nur unsere Gegner freuen würden.

Wir verkennen nicht, daß das uns seit Jahrzehnten hintanziehende System an unserem politischen Körper bereits große Lücken hervorgerufen hat. Dessen ungeachtet können wir siegen und werden wir mit Bestimmtheit siegen, wenn wir nur wie ein Mann an die Wahlurne treten.

Zu diesem Zwecke ist die genaueste Vorbereitung nötig. Wir wenden uns somit an die geehrten Komitees der Stadt und der beiden Landkreise Posen, auf daß sie wie ein umsichtiger Feldherr ihre Reihen mustern und sie zum disziplinierten und solidarischen Erfüllen der Pflicht erwärmen. Die Wähler aber mögen im Verständnis der Wichtigkeit der Lage zahlreich in die Versammlungen eilen, um dort den Geist zu beleben und politische Reife zu zeigen.

Wählerversammlungen dürfen jetzt ungehindert, sogar ohne polizeiliche Anmeldung in unsrer heimischen polnischen Sprache abgehalten werden. In ihnen darf somit unsre Sprache ohne behördliche Genehmigung öffentlich erklingen. Benutzen wir diese schätzenswerte Zeit somit entsprechend!

Im Sinne unsres neuen Wahlregulativs fordern wir somit das Komitee für Posen-Stadt, sowie auch die Komitees für die Kreise Posen-Ost und -West auf, auf Grund der neuen Bezirkseinteilung Hauptwählerversammlungen einzuberufen zwecks Aufstellung der Kandidaten.

Posen, den 28. Februar 1910.

**Das Provinzialwahlkomitee
für das Großherzogtum Posen.**
(Unterschriften.)

Aus Nr. 46 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 26. Februar 1910:

Das Wahlkomitee für die Stadt Posen

hat gestern in Sachen der Wahlen im Wahlkreis Posen eine Sitzung abgehalten. Es handelte sich in erster Linie um die Kandidatenliste, welche das Komitee den Wählern vorzuschlagen hätte.

Wir erinnern daran, daß bereits vor einigen Wochen im Komitee über die eventuellen Kandidaten beraten worden ist. Damals fiel noch keine definitive Entscheidung, es war aber schon ersichtlich, welche Wendung die Sache schließlich nehmen werde. In der gestrigen Sitzung wurde nochmals eine bis ins einzelne gehende Diskussion durchgeführt, worauf mit 15 gegen 1 Stimme beschlossen wurde, in der vorzuschlagenden Liste an erster Stelle die Kandidatur des Vorstehenden der Arbeiter- und Handwerker-Abteilung der polnischen Berufsvereinigung, Herrn Stanislaus Nowicki aufzustellen.

Welche Motive und Argumente entscheidend gewesen sind, darüber brauchen wir uns nicht speziell auszulassen; sie entsprechen nämlich im Prinzip den Anschauungen, welchen wir seit einigen Monaten bezüglich dieser Angelegenheit Ausdruck verleihen.

Die großen Fähigkeiten und Qualifikationen des Herrn W. v. Trampeczynski werden im Komitee allgemein anerkannt; aber diese Rücksicht hat das Komitee der prinzipiellen Sache untergeordnet, wofür sie das Vorschieben der Kandidatur eines Vertreters der breiten Volks-, Arbeiter- und Handwerkerkreise hält, eines Vertreters, dessen persönlicher und bürgerlicher Charakter, sowie dessen ausgebildeter politischer Sinn dem Komitee die entsprechende Bürgschaft dafür bietet, daß das Komitee seinen Schritt nicht wird bereuen brauchen.

Die Kandidatur des Herrn Sofinski aus Bochum hatte, da sie im Hinblick auf die persönlich und vor allem politisch den Wählern unbekannte Person des Genannten unnatürlich war, schon in der vorletzten, vor einigen Wochen abgehaltenen Komiteesitzung keine Chancen. Gestern kam sie überhaupt nicht in Frage.

Was die zweite und dritte Stelle in der Kandidatenliste betrifft, so sind endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt worden. Man besprach nur die Kandidaturen der Herren J. Lewandowski, T. Filipowicz, St. Offierski und Redakteur Chociszewski. Die drei Delegierten, welche für die Stadt Posen aus der Mitte des Posener Wahlkomitees in das Wahlkomitee des ganzen Wahlkreises zu entsenden sind, werden dieser Tage eine Beratung mit den Vertretern der Wahlkomitees für die beiden Landkreise Posen abhalten, und auf dieser natürlich keine Seite bindenden Grundlage wird sodann das Komitee für Posen-Stadt seine endgültigen Beschlüsse bezüglich der zweiten und dritten Stelle der Kandidatenliste fassen, die den Wählern in den Wählerversammlungen vorgeschlagen werden wird.

Von gewisser Seite her wurde vorgeschlagen, Herrn v. Trampeczynski an zweiter Stelle aufzustellen. Das Komitee hat sich jedoch aus taktischen Gründen dagegen erklärt. Da nämlich die Landkreise Posen Herrn v. Trampeczynski an erster Stelle vorzuschlagen beabsichtigen, so würde die Aufstellung der Kandidatur Trampeczynski auch auf der zweiten Stelle der Liste von Posen Stadt von vornherein der Kandidatur Nowicki den Boden abschneiden; das Wahlkomitee für die Stadt Posen präsentiert aber diese Kandidatur nicht der Dekoration halber, sondern mit dem festen Entschluß, alle legalen Bemühungen daranzusetzen, daß diese Kandidatur tatsächlich im Wahlkreis siege.

Außer dieser Angelegenheit wurden noch die Vorbereitungen zur Wahlkampagne besprochen. Bekanntlich ist die Stadt Posen nach dem neuen Wahlregulativ in 7 Wahlbezirke eingeteilt; es werden also in Posen — und zwar vor dem 12. März — 7 Wählerversammlungen stattfinden, von denen jede eine Kandidatenliste beschließen wird. Auf Grund dieser 7 Kandidatenlisten wird sodann das Wahlkomitee für die Stadt Posen eine Kandidatenliste für die ganze Stadt aufstellen. So schreibt es das neue Regulativ vor.

Für wen der ganze Wahlkreis Posen zu stimmen haben wird, darüber wird der von dem Provinzialwahlkomitee nebst den drei Delegierten des Wahlkreises (je 1 aus Posen Stadt und den beiden Landkreisen) gefaßte Beschluß entscheiden. Jeder Delegierte hat die Kandidatenliste seines Kreises vorzulegen. Es entscheidet die Abstimmung gemäß der entsprechenden Aufeinanderfolge.

Zum Schluß geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß das Wahlkomitee für die Stadt Posen die Gelegenheit benutzen wird, um jetzt, in der Zeit vor den Wahlen, in der ganzen Stadt die energischste Versammlungsagitation zu entfalten. Bekanntlich ist das die einzige Zeit, in welcher in Posen öffentliche Verhandlungen in polnischer Sprache gestattet sind.

Aus Nr. 47 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 27. Februar 1910:

Betrifft die Wahlen in Posen.

Der „Dziennik“ meint in Sachen der Aufstellung der Kandidatenliste, auf welcher der Drucker Stanislaus Rowiecki an erster Stelle figuriert, folgendes:

„Natürlich wird durch diesen Beschluß des Posener Wahlkomitees die Sache noch nicht entschieden. Zunächst werden in Posen selbst in der Kandidatenfrage die Wählerversammlungen das Wort nehmen, welche sich in anderem Sinne erklären können, als das Wahlkomitee. Ferner kommen neben der Stadt Posen die beiden Landkreise in Betracht, welche nach unseren Informationen die Kandidatur des Herrn Rowiecki nicht unterstützen werden. Was uns betrifft, so würden wir, wie wir bereits wiederholt hervorhoben, die Kandidatur eines Arbeiters ohne jeden Vorbehalt unterstützen, wenn er mit allen Qualifikationen eines Abgeordneten begabt wäre. Diese Qualifikationen besitzt jedoch unseres Erachtens der vom Posener Wahlkomitee vorgeschlagene Kandidat nicht, dessen Verdienste um die Arbeiterfrage und dessen persönliche Vorzüge wir übrigens voll und ganz anerkennen. Entschieden sind wir aber gegen eine Arbeiterkandidatur, welche zum Zertrümmern unserer bisherigen sozialen Solidarität beitragen kann, und wir werden dagegen kämpfen, daß die Kandidatur eines Arbeiters lediglich deswegen aufgestellt wird, weil er Arbeiter ist.“

Soviel man aus der Gemütsstimmung im hiesigen Wahlkreise schließen kann, wird der Wahlkampf diesmal ziemlich heiß werden. Es wäre angesichts dessen zu wünschen, daß die angefachten Leidenschaften und politischen Gegensätze sich nicht in allzu krasser Form entladen und zu wenig erwünschten Erscheinungen führen. Da wir die politische Disziplin unserer Volksgemeinschaft kennen, fürchten wir zwar keinen Bruch unserer nationalen Solidarität, eine friedliche Verständigung zwischen den entscheidenden Faktoren, d. i. zwischen den drei Kreiskomitees, in Sachen der Kandidatur könnte aber einem allzu heftigen Wahlkampfe bedeutend vorbeugen.

Aus Nr. 43 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 23. Februar 1910:

Zwionzek Ziemian (Bund der Landwirte).

Aus dem in Druck erschienenen Jahresbericht für das Jahr 1909 entnehmen wir folgendes:

Im Jahre 1909 betrug der Kassenumsatz 7 167 665,30 Mark, nämlich: 3 590 116,09 M. Einnahmen und 3 577 549,21 M. Ausgaben. Der Restbestand am 31. Dezember 1909 betrug 12 566,88 M. Am Schlusse des Jahres 1908 betrug der Reservefonds 29 115,09 M., dazu kommen 150 M. an Aufnahmegeldern von 12 Mitgliedern, aus dem Reingewinn des Jahres 1908 wurden 3 389,10 M. zugeschrieben, 50 M. sind geschenkt worden, zusammen 32 674,19 M.

Die Spezialreserve betrug am Schlusse des Jahres 1908 19 458,62 M., im Jahre 1909 sind aus dem Gewinn hinzugekommen 778,38 M., es gehen auf das Jahr 1910 über 20 237 M. Die außerordentliche Reserve: auf das Jahr 1909 gingen über 9 315 M.; an Gewinn sind im Jahre 1909 zugeschrieben worden: 372,60 M., an Geschenken sind eingeflossen 200 M., auf das Jahr 1910 gehen über 9 887,60 M.

Der Defizitfond wies am Schlusse des Jahres 1909 12 826,74 M. auf, im Jahre 1909 sind aus den Gewinnen hinzugekommen 12 500 M., zusammen 25 326,74 M.

Konto der Anteile: Auf das Jahr 1909 gingen an Anteilen über 179 864,57 M., im Jahre 1909 wurden eingezahlt: 14 621,65 M., im Jahre 1908 wurden an Dividende zugeschrieben 4 250,30 M., zusammen 25 326,74 M.

Im Jahre 1909 sind an Anteilen ausgezahlt worden 4 445,35 M., auf das Jahr 1910 gehen über 194 291,17 M. Die Pflichtanteile betragen 1000 M. Diese Summe erreichten 84 Mitglieder, von diesen besitzen 19 zwei und mehr Anteile. Durchschnittlich entfallen auf jedes Mitglied 349 M.

Das Depositenkonto wies am Schlusse des Jahres 1908 die Summe von 588 899,82 M. auf, im Laufe des Jahres 1909 zahlte man ein 676 973,18 M., an Zinsen sind zugeschrieben worden 22 331,85 M., zusammen 1 288 204,85 M. Im Jahre 1909 zahlte man 483 448,78 M. aus, auf das Jahr 1910 gehen also 804 756,07 M. über. Am Schlusse des Jahres 1909 waren 297 Deponenten, das kleinste Depositum betrug 3,30 M., das größte 50 000 M.

Das laufende Konto umfaßt die Konten der dem Bunde in Verwaltung gegebenen Güter. Die Aktiva dieses Kontos betrugen am Schlusse des Jahres 1908 823 760,75 M. Im Jahre 1909 sind Darlehen in Höhe von 2 346 986,36 M. bewilligt worden, an Zinsen gingen 66 713,03 M. ein, zusammen 3 442 460,14 Mark. Im Jahre 1909 sind abgezahlt worden 1 915 423,34 M., auf das Jahr 1910 gehen zum Besten der Genossenschaft 1 327 036,80 M. über. Als Unterlagen für die den einzelnen Gütern gewährten Darlehen sind in der Genossenschaft Hypotheken, Zessionen, Wertpapiere und Wechsel hinterlegt, die eine hinreichende Sicherheit bieten.

Das Konto „Verschiedenes“ umfaßt Sachen, die sich gegenwärtig nicht durch eigentliche Konten durchführen lassen, und zwar in Passiven 210 961,96 M., in Aktiven 192 951,55 M. Auf das Jahr 1910 gehen an Passiven über 180 104,41 M.

Das Bankkonto: Im Jahre 1909 ließ die Genossenschaft von verschiedenen Banken 1 564 774,61 M., von dieser Summe zahlte sie ab 1 334 091,70 M., der Rest beträgt 220 682,91 M.

Das Scheckkonto: Zu Gunsten der Genossenschaft sind auf der Post 62 681,09 M. eingezahlt worden, von dieser Summe hat die Genossenschaft 62 581,09 M. zurückgezogen, es verblieben für 1910 100 M.

Das Hypothekenkonto: Am Anfang des Jahres 1909 betrug der Wert der Hypotheken 65 514,29 M. im Laufe des Jahres sind abgezahlt worden 37 564,29 M., für das Jahr 1910 verbleiben 27 950 M.

Das Wechselkonto: Der Rest aus dem Jahre 1908 betrug 13 700 M., im Jahre 1909 wurden Darlehen gewährt in Höhe von 22 400 M., zusammen 36 100 M. Es wurden abgezahlt 8 600 M. Auf das Jahr 1910 gehen über 27 500 M.

Konto der diskontierten Wechsel: Im Laufe des Jahres 1909 wurden für 111 000 Mark Wechsel diskontiert. In derselben Zeit wurden für 70 000 M. Wechsel eingelöst. Ende Dezember 1909 blieben noch Wechsel für 41 000 M.

Verwaltungskonto: Gehälter des Vorstandes und des Bankpersonals 15 245,00 M., Räumlichkeiten, Bedienung, Beheizung und Beleuchtung 1 822,94 M., Porto und Telephon 1 475,16 M., Druckschriften und Bureauaterial 649,90 M., Beiträge und Steuern 803,71 M., Anzeigen und Schriften 816,40 M., Verschiedenes 573,46 M. Zusammen 21 386,57 M. Zurückerstattet für das Lokal, das Telephon und für die Druckschriften 416,47 M. Die Verwaltungskosten betrugen mithin 20 970,10 M.

Das Zinsenkonto: Die Genossenschaft nahm im Jahre 1909 an Zinsen ein 72 629,38 M. — sie zahlte aus 41 888,67 M. — Der Gewinn beträgt 30 740,71 M.

Auf das Konto der Wertpapiere sind alle Wertpapiere, die der Genossenschaft als Sicherheit für das laufende Konto gegeben werden, eingeschrieben. Der nominelle Wert dieser Papiere betrug 1 331 340,00 M. — im Laufe des Jahres 1909 wurden für 18 800,00 M. Wertpapiere zurückgenommen. — Am Schluß des Jahres 1909 verblieben im Portefeuille 1 312 540,00 M.

Das Obligokonto: Das Obligo für deponierte Wertpapiere beträgt 1 312 540 M.

Das Remunerationskonto: Für die Verwaltung der Güter sind eingegangen 27 225,00 M., dem Verwalter usw. ausgezahlt 10 526,90 M. Der Gewinn beträgt 16 698,10 M.

Gewinn- und Verlustkonto:

Soll		Haben
20 970,10	Zum Verwaltungskonto.....	—
344,32	" Mobilienkonto 10% von 3 443,29 M.	—
—	Vom Zinsenkonto.....	30 740,71
—	" Provisionskonto.....	14 032,11
—	" Remunerationskonto für die Verwaltung.....	16 698,10
40 156,50	Saldo oder Gewinn zur Ver- teilung.....	—
61 470,92		61 470,92

Mitgliederzahl: Am Schluß des Jahres 1908 zählte die Genossenschaft 590 Mitglieder. Im Jahre 1909 sind 16 hinzugekommen. Zusammen 606 Mitglieder.

Im Jahre 1909 sind ausgeschieden: 9 durch den Tod, 11 durch Ausscheiden, 30 durch Ausschuß. Zusammen 40 Mitglieder. Auf das Jahr 1910 gehen 556 Mitglieder über.

Die Anteile der Mitglieder vergrößerten sich im Jahre 1909 um 14 426,60 M. und betragen im ganzen 194 291,17 M.

Aus Nr. 47 des Postep (Posen)
vom 27. Februar 1910:

Generalversammlung der Bank der Industriellen in Posen.

Interessant war die gestrige Generalversammlung der Bank der Industriellen. Schon seit einigen Tagen kursierte in der Stadt das Gerücht, daß es zu einem Kampfe um die Erringung von Stellen im Aufsichtsrat kommen würde. Man ließ, man verschickte Briefe, Bitten usw., als wenn wir vor irgend welchen großen politischen Wahlen ständen! Indes ging es nur um das einfache Gehältschen von jährlich gegen 800 Mk. Selbstverständlich kommt dieses Sümichen jedem, der die paar Stunden der Bank opfert, sehr gelegen — und es bemühen sich um dieses Gehältschen sogar solche Leute, bei denen 800 Mk. keine große Rolle spielen — aber wenn man etwas bekommen kann, so muß man es nehmen — denn so ist halt heut die Welt — und sie war wohl immer so. Übrigens drängt sich der Spaß dahin, wo die Kirschen süß sind — und in der Bank der Industriellen gibt es solcher schönen und süßen Kirschen genug — und so mancher Herr „Rat“ verdient außer dem Gehalt von 800 Mk. so nebenbei als Sachverständiger usw. manch schönes Stück Geld!

Als man die zum Basarsaal führende Treppe hinaufging, stand fast auf jeder Treppenstufe ein mit einer Unmenge von Zetteln bewaffneter Agitator, ein förmlicher Zettelregen strömte auf einen hernieder. — Wenigstens haben die Druckereien etwas verdient. — Man hatte ca. 14 verschiedene Zettel gezählt — eine bis dahin unerhört große Ziffer. — Also der Kampf um das „Gehältschen“ wird jedes Jahr größer, die bezahlten Stellen finden immer zahlreichere Liebhaber. — Jedes den Saal betretende Mitglied war also auch schon mit Zetteln bewaffnet — die bei der Wahl entladen werden sollten. — Bei der Durchsicht der Zettel — was schon ein förmliches Studium derselben heischte, konnte man bei näherer Betrachtung den ungewöhnlichen Witz mancher Kandidaten bewundern. Im Saale selbst stellte sich die Sache sehr unschuldig dar — es fiel mir auf, daß Geistlicher Wawrzyniak zugegen war. — Einige schlossen daraus sofort, daß das kein Zufall, sondern darauf zurückzuführen sei, daß diese Generalversammlung ein „großer Tag“ der Bank der Industriellen werden sollte — und die Ahnung hatte sich bestätigt. Die Verhandlungen dauerten nämlich ohne Unterbrechung von 6 Uhr abends bis 10 Uhr nachts. Aufgefallen ist auch das große Gefolge der Damen, welche hauptsächlich die Mohrenrolle spielen und manchen schwankenden Kandidaten durch ihr zartes Händchen zur Rattribüne verhelfen sollten — und die Tribüne im Basar ist ziemlich hoch; man kann also nur mit einer ziemlichen Anstrengung zu ihr gelangen, wenn man nicht ein biegsames Knochengerüst sein Eigen nennt.

Unter einer allgemeinen Stille eröffnet die Generalversammlung der zweite Vorsitzende, Herr T. Otmianowski, und schlägt, nach einigen Worten des Trostes, „daß die Geschäfte der Bank glänzend seien —“, den „zufällig“ im Saale anwesenden Geistlichen, Patron Wawrzyniak, zum Leiter der Versammlung vor, der das Amt annimmt, gleichzeitig aber erklärt, daß er kein Mitglied der Bank sei, was ihn jedoch an der Übernahme des Amtes nicht hindere. — Zu seinen ständigen Schriftführern ernannte er die Herren Stanislaus Manna und Stanislaus Kucharski.

Nach der Bekanntgabe der Tagesordnung nimmt Herr Frankiewicz — wie es sich später herausstellte — der Held der Versammlung — das Wort und verlangt noch die Aufnahme des Punktes „Wahl der Revisionskommission“ in die Tagesordnung, was nicht geschehen war. Man gibt jedoch diesem Antrag nicht statt, weil der geistliche Patron meint, daß auch ohne dem die Revisionskommission gewählt werden könnte, die er jedoch für unnötig halte. Diese Revisionskommission hat — wie es sich später herausstellte — nicht wenig Lärm gemacht.

Man begann mit der Abstimmung, man wählte 10 Stimmzähler. Es wurde namentlich mit Hilfe der Zettel gewählt. 366 Zettel sind abgegeben worden — eine ansehnliche Zahl. Die Stimmenkontrolleure sammelten die Stimmen, gingen hinter den „Verschlag“, um die Stimmen zu zählen. Das Resultat der Abstimmung erwarteten sehr viele mit Herzklopfen. Während des Stimmzählens wurde die Tagesordnung weiter beraten.

Herr Direktor Boglinski hat zur allgemeinen Zufriedenheit von einem weitreichenden Jahresbericht Abstand genommen, da dieser gedruckt wurde, und so jedermann die Gelegenheit hat, ihn selbst einzusehen. Nach Wunsch nur würde dann der Vorstand und der Aufsichtsrat Aufklärungen geben.

Die Diskussion über die verschiedenen Vorschläge und Berichte war ziemlich umfangreich, ja sogar ziemlich scharf. Doch wollen wir darüber nicht weiter berichten, da wir sonst zuviel Platz einnehmen müßten. Genug —

es wurde dem Vorstand und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Die Gewinne wurden im Sinne des Vorschlages des Aufsichtsrats wie folgt verteilt:

Von dem Gewinne aus dem Jahre 1909, der 508210,70 Mark beträgt, werden überwiesen: der außerordentlichen Reserve 5% = 25410,50 Mark; dem Emeritenfonds 5% = 25410,50 Mark; zur Verteilung (Dividende) für das Jahr 1909 kommen 7% = 437264,80 Mark; zwei Witwen von verstorbenen Vorstandsmitgliedern erhalten à 1000 Mark = 2000 Mark; als Remuneration für den Aufsichtsrat 10545 Mark, zusammen 500630,80 Mark; von den übriggebliebenen 7579,90 Mark wurden noch dem Reservefonds 5000 Mark und der Rest von 2579,90 Mark dem Jubiläumsfonds überwiesen.

Nunmehr wurden die Beratungen unterbrochen und der Leiter gab das Resultat der Abstimmung bekannt. Es sind gleich bei der ersten Abstimmung 3 Mitglieder in den Aufsichtsrat gewählt worden, nämlich die Herren Filipowicz, St. Rzepecki und Professor Drygas, die schon im Aufsichtsrat waren. Um die 4. Stelle kam es zur engeren Wahl zwischen Herrn Lewandowski und Herrn Rechtsanwalt Kotlinski; letzterer, ein noch wenig bekannter Bürger, wurde schließlich gewählt.

Es standen noch viele Anträge und verschiedene Angelegenheiten auf der Tagesordnung — zur Änderung der Statuten kam es nicht — denn die Anwesenden verließen fortwährend den Saal, so daß zuletzt nur noch wenige zurückgeblieben sind. Der Leiter schloß die Versammlung mit der Ankündigung, daß in 14 Tagen wieder eine Versammlung stattfindet und gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Bank sich immer günstiger entwickle und heute eine der bedeutendsten Finanzinstitute Posen und des Großherzogtums bilde.

Aus Nr. 46 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 26. Februar 1910:

Die Generalversammlung der Genossenschaft Ceres (G. m. b. H.) fand gestern unter Teilnahme von ca. 90 Mitgliedern statt. Die Versammlung leitete auf allgemeines Verlangen der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Dr. Hecia, das Protokoll schrieb Herr Czepczynski. Weil wir eine Übersicht über die Entwicklung der Genossenschaft schon früher brachten, beschränken wir uns heute nur auf die Bekanntgabe der Resultate der Versammlung. Der Reingewinn (6696,39 M.) wurde folgendermaßen verteilt: 3000 M. überwies man dem Reservefonds (dieser wird gegenwärtig 3666,08 M. betragen), 2300 M. dem Rabattfonds; es wurde beschlossen, eine Dividende in Höhe von 10% zu verteilen, der Rest des Gewinnes — gegen 800 M. — ist dem Vorstände und dem Aufsichtsrat als Gratifikation überwiesen worden.

In den Aufsichtsrat ist Herr M. Rowaczyk wiedergewählt, an Stelle des Herrn Sosnowski Herr Sobkowiat neugewählt worden.

Die Diskussion war sehr wichtig. Man berührte viele Lebensfragen und wünschte, daß das Personal besser bezahlt werden sollte, damit man aus der Genossenschaft nicht zu viel Gewinn zöge usw.

Aus Nr. 42 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 22. Februar 1910:

Die Bank der Gewerbetreibenden in Posen.

Aus dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1909 (der 49. seit dem Bestehen) wird folgendes mitgeteilt:

Dank dem Vertrauen immer breiterer Schichten unserer Volksgemeinschaft haben sich unsere Fonds, besonders die Anteile und die Depositen vergrößert; erstere um fast 1 Million Mark und letztere um über 3 Millionen Mark. Die Nachfrage nach Geld hat im letzten Jahre ebenfalls zugenommen, denn wir haben an Darlehen über 4 Millionen Mark mehr verausgabt, als im vorhergegangenen Jahre. Diese Fortschritte dürften unsere Überzeugung begründen, daß wir, indem wir die Aufgaben der Genossenschaft stets im Auge behalten und uns auch fernerhin von Vorsicht und von gesunden Grundätzen leiten lassen, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Mitglieder beitragen werden.

Durch Schaffung eines offenen Kontos bei der Dresdener Bank haben wir unseren Geschäftsbereich vergrößert, und zwar insofern, als diese Bank in Berlin sowohl als auch in allen ihren über ganz Deutschland zerstreuten Filialen unsere Schecks einlöst; so manche frühere Unbequemlichkeit für unsere Mitglieder bei Übersendung von Geld ist dadurch beseitigt worden. Zwecks Verminderung der bei Versendung von Geld entstehenden Portokosten haben wir in Breslau ein Postscheckkonto (Nr. 2819) errichtet, mit dessen Hilfe die auswärtigen Mitglieder, insbesondere die Deponenten, alle Geldebeträge portofrei überweisen lassen können.

Den aus Wertpapieren erzielten Gewinn im Betrage von 29432,15 M. haben wir dem außerordentlichen Reservefonds zugeschrieben und die Verluste im Betrage von 8077 M., die aus den Jahren der Baukrisis herrühren, sind aus dem Fonds für zweifelhafte Forderungen gedeckt worden. Dieser Fonds wurde durch Neueinschätzung der Wechsel auf 46246,87 M. erhöht.

Die Gewinne aus dem Vorjahre versetzen den Aufsichtsrat in die Lage, eine Verteilung von sieben Prozent Dividende vorzuschlagen.

Der Gesamtumsatz im Jahre 1909 betrug 139574065,73 M.

Die Bilanz belief sich am 1. Januar 1910 auf 30556296,28 M.

Zur Verfügung der Generalversammlung verblieben aus dem im Jahre 1909 erzielten Gewinn 508210,70 M.

Auf das Jahr 1909 waren 5582 Mitglieder mit 8830 Anteilen übergegangen; im Jahre 1909 sind zugekommen 691 Mitglieder mit 1487 Anteilen; mithin waren am Schlusse des Jahres 1909 6273 Mitglieder mit 10317 Anteilen. Die Haftsumme sämtlicher Mitglieder betrug Ende des Jahres 1909 20634000 M. Die Summe der Anteile vermehrte sich im Jahre 1909 um 953155,89 M. In der Gesamtanteilsomme sind auch die Anteile jener Personen enthalten, deren Mitgliedschaft am 1. Januar 1910 abließ; sie betragen insgesamt 211934,29 M. Die Summe der Haftsummen vergrößerte sich im Jahre 1909 um 2124000 M. Am 31. Dezember 1909 sind ausgeschieden: a) infolge Todes 85 Mitglieder, b) infolge Ausschließung 176, c) infolge Kündigung 136, zusammen 397 Mitglieder mit 527 Anteilen; mithin gehen auf das Jahr 1910 über: 5876 Mitglieder mit 9790 Anteilen bzw. mit einer Haftsumme von 19580000 M.

Die Hauptversammlung der Bank der Gewerbetreibenden wird am Freitag, den 25. d. Mts., abends 6 Uhr im Basarjaale stattfinden.

Aus Nr. 47 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 28. Februar 1910:

Die Generalversammlung des Bundes der polnischen Landwirte

„Związek Ziemiań“ fand gestern nachmittags 4 Uhr im Saale des Bundes der polnischen Landwirte statt. Die in größerer Anzahl als in anderen Jahren erschienenen Mitglieder waren der Beweis dafür, daß das Interesse und die Sympathie für dieses Institut von Jahr zu Jahr wächst.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates Dr. L. v. Jaczkowski, der zum Versammlungsleiter gewählt wurde, eröffnete die Versammlung und ernannte Dr. Amrogowicz zum Schriftführer.

Nach Bekanntgabe der Tagesordnung führte er die verstorbenen Bundesmitglieder auf, mit der Bitte, ihr Andenken durch Aufstehen zu ehren.

Sodann ergriff das Vorstandsmitglied Herr Thaddäus v. Chrzanowski zwecks Erstattung des Berichts über die Tätigkeit des Bundes das Wort.

Der Bund der polnischen Landwirte habe im vergangenen Jahre 18 Güter verwaltet, von denen sich vier in Pacht und die übrigen unter der Aufsicht eines vom Bunde angestellten ständigen Verwalters befunden hätten; außerdem hätten die Delegierten des Aufsichtsrats, zwecks Kontrolle und um für die einzelnen Wirtschaften eine allgemeine Richtung vorzustecken, die Wirtschaften bereist. Ferner hätten sie auf Wunsch von Besitzern verschiedene Landgüter besucht, um Rat und Weisungen zu erteilen.

Der Bund der polnischen Landwirte habe auch bei An- und Verkauf vermittelt, es seien jedoch in dieser Beziehung, wie aus dem Rechenschaftsbericht hervorgehe, sehr wenig Offerten eingegangen.

Der Bund habe ferner sich mit der Regulierung von Hypotheken und mit der Durchführung von Vergleichen und Erteilungen befaßt, und er habe diese Tätigkeit zur Zufriedenheit der Interessenten erledigt.

Sodann erstattete das Vorstandsmitglied Herr L. v. d. Osten über den Geldumsatz Bericht, die einzelnen Positionen dabei erläuternd. Diesen Rechenschaftsbericht haben wir bereits in der Nr. 43 unseres Blattes gebracht.

Herr Ladislaus v. Sczaniecki verliest das Protokoll der aus der Mitte des Aufsichtsrats ernannten Revisionskommission, worauf die Generalversammlung dem Vorstande und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Das Vorstandsmitglied L. v. d. Osten macht der Generalversammlung den Vorschlag, an Gewinn und Dividenden 5 Prozent zu verteilen. Ferner unterbreitet er der Generalversammlung den Vorschlag, aus einem Teil der nach Verteilung des Gewinns verbleibenden Fonds einen Pensionsfonds für die Beamten des Bundes der polnischen Landwirte zu gründen.

Die Generalversammlung ist sowohl mit der Verteilung des Gewinns als auch mit der Gründung eines Pensionsfonds in der von L. v. d. Osten vorgeschlagenen Weise einverstanden.

Als Punkt 3 der Tagesordnung kam die Angelegenheit der Tagegelde für den Aufsichtsrat zur Verhandlung. Das Vorstandsmitglied Herr L. v. d. Osten hebt hervor, der Aufsichtsrat werde für die große Arbeitslast, die auf ihm ruht, nicht entsprechend entschädigt. Herr L. v. d. Osten beantragt die Gewährung von entsprechenden Tagegeldern für den Aufsichtsrat mit dem Bemerken, dieser Antrag erfolge ohne Wissen des letzteren. Den Antrag des Herrn v. d. Osten

unterstützen die Herren Alfred v. Chlapowski, Paczkowski und andere; die Generalversammlung bewilligt sodann ohne Diskussion für die Aufsichtsratsmitglieder 25 Mk. für jede Sitzung und zwar vom 1. Januar 1909 ab beginnend.

Die gemäß den Satzungen zurücktretenden Aufsichtsratsmitglieder Dr. Thaddäus Szuldrzynski, Dr. Adam Graf Zoltowski, Adalbert Lipski und Jakob Szlagonski wurden neuerdings für die Dauer von 3 Jahren gewählt. An Stelle des Herrn Adam Znaniecki, der im vergangenen Jahr die Wahl nicht annahm, ist für die Dauer eines Jahres Herr Leon Plucinski gewählt worden.

Von der Wahl einer besonderen Revisionskommission hat die Generalversammlung Abstand genommen, in der Annahme, die aus der Mitte des Aufsichtsrats ernannte Kommission werde vollständig ausreichen.

Bei den „Freien Vträgen“ — Punkt 6 der Tagesordnung — verliest der Versammlungsleiter ein Schreiben des Janus Jakrzewski aus Dief, worin letzterer bittet, zwecks Untersuchung seines Streites mit dem Bund der polnischen Landwirte eine Kommission zu ernennen. Die Generalversammlung geht über diesem Antrag zur Tagesordnung über, weil alle Bemühungen, diese Angelegenheit auf dem schiedsgerichtlichen Wege zu schlichten, erfolglos waren.

Um 6 Uhr schließt der Leiter die Versammlung.

Aus Heft 15 des Miesięcznik Kościelny (Unitas)
(Kirchliche Monatsschrift)
vom März 1910:

Mitteilungen des Hauptvorstandes des Priesterverbandes „Unitas“.

Eine Sitzung des Hauptvorstandes des Priesterverbandes „Unitas“ hat am 13. Januar d. J. stattgefunden. Seit der letzten Sitzung vom 9. August 1909 sind 71 neue Mitglieder aufgenommen worden und 12 verstorben.

An erster Stelle erörtern wir die Referate aus den Protokollen der Kreisversammlungen. Die Referate betreffen Hagelversicherungsfragen, den Diözesen-Architekten, die Orgelfabrik, das Emigrantentum, den Rechtsschutz der Geistlichkeit, die Kirchliche Monatsschrift, die Getreideoberversicherung. Bei der letzten Versicherungsangelegenheit erwies es sich, daß die Floriangesellschaft bisher die Summe von 4 130 809 Mk. mit einer Jahresprämie von 5025 Mk. auf 399 Mitglieder versichert hat. Einer der Kreise hat den Antrag gestellt, es solle bei Ablässen den Kutschern kein Trinkgeld gegeben werden, und der Besitzer des Wagens solle sich um seinen Kutscher allein kümmern. Ferner hob man die Notwendigkeit hervor, von Zeit zu Zeit apologetische Fragen in unserer Presse zu besprechen. Schließlich wurde in einem der Referate die Frage der Kontrakte mit den Orgelstimmern hervorgehoben.

Speziell befaßte man sich mit der Versicherung in den Gesellschaften „Vesta“, „Rheinland“ und „Deutscher Anker“.

Der Kassenbestand des Verbandes weist 2296,87 Mk. auf, die Rechnung der Kirchlichen Monatsschrift balanziert.

Eines der anwesenden Vorstandsmitglieder stellte die ungewöhnliche Form der Apothekerreklame für die angeblich „wunderwirkenden Marientropfen“ dar. Die Sache eignet sich für den Verein zur Bekämpfung des Quacksalbertums in Dresden.

Die meiste Zeit widmete man in der Versammlung der Angelegenheit der Notwendigkeit, wissenschaftliche Quellen für die Geistlichkeit zugänglich zu machen, und man besprach die entsprechenden Mittel und Wege.

In Erinnerung gebracht wird die Pflicht, für die verstorbenen Mitglieder Messen zu lesen, sowie die weitere Pflicht, die Beiträge für das laufende und vergangene Jahr zu zahlen, soweit das noch nicht geschehen ist.

Jahresbericht

über Einnahme und Ausgabe der St. Floriangesellschaft in Posen für das Jahr 1910.

A. Einnahme.

1. Bestand aus dem Jahr 1908	16 658,80 M.
2. Zinsen von der Kaution und den Depositen	1 202,50 "
3. Jahresprämien	5 025,70 "
Summe	22 887,00 M.

B. Ausgaben.

Entschädigungen erhielten	
1. Geistlicher Sipowicz, Kolaczowice...	35,20 M.
2. " Barlik, Lubez	23,20 "
3. " Koczwarra, Skoraszewice ..	10,20 "
4. " Wilkonski, Grodzisko	15,00 "
5. " S. Konieczny, Pakosch	10,00 "
6. " Zborowski, Ostrowo	32,00 "
7. " Soltysinski, Siedlemin ...	794,00 "
8. " Kemnig, Wyżanowo	48,00 "
9. " Wierzbicki, Grylewo	1 260,35 "
Porto und Stempel	144,74 "
Anderer Bureaukosten	165,36 "
Summe	2 538,05 M.

C. Aufrechnung.

Einnahme	22 887,00 M.
Ausgabe	2 538,05 "
Bestand	20 348,95 "

D. Kaution

Das Kapital ist in der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften deponiert. Der Gesellschaft gehörten 399 Geistliche an.

Posen, den 25. Januar 1910.

Der Vorstand der St. Floriangesellschaft in Posen.

Aus Nr. 49 des Goniec Wielkopolski (Posen) vom 2. März 1910:

Die „Kasa wzajemnej pomocy“.

eine seit 23 Jahren in Posen bestehende Genossenschaft, hat am Sonnabend im Katholikenhaus ihre jährliche Generalversammlung abgehalten. Zum Leiter wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats Herr Dr. K. Jarnatowski gewählt, das Schriftführeramt versah Herr M. Randulski. Den recht erschöpfenden Jahresbericht erstattete der Direktor Herr Januszewski. Es ging daraus hervor, was emsige Arbeit im Vorstand und Aufsichtsrat ausrichten kann. Die Genossenschaft hatte, als der gegenwärtige Vorstand zu arbeiten begann, 296 Mitglieder, und zwar nach 16 jähriger Arbeit. Heute, nach siebenjähriger Tätigkeit des jetzigen Vorstandes, also der Herren Fr. Januszewski, Wl. Nowakowski und S. Blazejewski beträgt die Mitgliederzahl 912.

Die Reserven haben sich von 2000 auf über 41 000 Mk., die Anteile von 34 000 auf 111 000, die Deponentenzahl von 84 auf 1221 gehoben, die Summe der Depositen von 42 000 auf fast 500 000 Mk. Im verflossenen Jahre wurden 900 000 Mk. an Depositen eingezahlt und 400 000 Mk. ausgezahlt. Für die Sicherheit der Depositen bürgt das eigene Vermögen der Genossenschaft, das zu den Depositen in einem sehr gefunden Verhältnis steht. Schulden in den Banken hatte die Genossenschaft in den letzten Jahren gar keine, dafür einen schönen Geldüberschuß, z. B. im letzten Jahre über 100 000 Mk.

Herr Direktor Wienckowski, der die Genossenschaft im April d. Js. revidierte, hat hierüber im Protokoll u. a. vermerkt, daß die Kasa wzajemnej pomocy dank der Arbeitamkeit des Vorstandes und dem Fleiß des Aufsichtsrats sich günstig entwickle. Die Versammlung beschloß die Verteilung von 6 Prozent Dividende.

Aus Heft 2 des Przegląd Oświatowy (Posen) vom 1. Februar 1910:

Das Kreiskomitee des Volksbibliothekenvereins des Kreises Schroda

setzt sich gegenwärtig wie folgt zusammen:

1. Apotheker K. Bialecki (Schroda), Vorsitzender,
2. Herr Stanislaus Milewski (Kijewo), stellvertr. Vorsitzender,
3. Rechtsanwalt Dr. Lufanowski (Schroda), Schriftführer,
4. Herr Kasimir Kubicki (Schroda), Schatzmeister,
5. Geistlicher Graszynski (Schroda), I. Bibliothekar,
6. Geistlicher Napierala (Schroda), II. Bibliothekar,
7. Herr Wize (Dzierznica),
8. Herr Kasimir Milewski (Wiegauowo),
9. Herr Rembowski (Wyżanowo),
10. Apotheker Monkowski (Kostichin),
11. Geistlicher Donat (Murzynowo kirchl.),
12. Herr Bialy (Santomischel),
13. Geistlicher Gramlewicz (Santomischel),
14. Dr. Luczkowski (Schroda),
15. Herr Roman Augustyniak (Schroda).

Aus Nr. 43 des Lech (Gnesen)
vom 23. Februar 1910:

In Sachen des deutschen Religionsunterrichts

schreibt der „Lech“ folgendes:

Die Religion ist eins der vielen Germanisierungsmittel geworden, und wir erachten es als eine der wichtigsten Aufgaben der polnischen Gesamtheit, dafür zu sorgen, daß dem Staate das Recht des Religionsunterrichts genommen und ausschließlich der Kirche übertragen werde. Der in der Schule durch den Lehrer, also durch einen Staatsbeamten, erteilte Religionsunterricht hat neben der Germanisierungsgefahr noch eine andere üble Seite. Jeder preussische Beamte muß — das fordern die Minister — die Regierungspolitik unterstützen, er ist, um es deutlicher zu sagen, ein politischer Agent des Staates. Ein solcher Fall hat sich in Wahrheit noch nicht ereignet, aber er könnte doch vorkommen.

Nicht die Nationalität, wohl aber die allgemein menschliche Ethik kann darunter leiden, daß der Staat das Recht der Erteilung des Religionsunterrichts für sich in Anspruch genommen hat.

Aus Nr. 49 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 2. März 1910:

Neue Aufstände.

Man teilt uns mit, daß in manchen Schulen, in denen der Religionsunterricht auf der Unterstufe in polnischer Sprache erteilt wurde, die Lehrer damit beginnen, die polnische Sprache vollends zu beseitigen und sie durch die deutsche zu ersetzen.

Die Lehrer sind überzeugt, daß ein solches Vorgehen ihrerseits, das sich mit den Vorschriften nicht verträgt, von oben her gerne gesehen wird und daß sie dafür keinen Tadel, sondern Lob erhalten. Das haben sie während des Schulstreiks bewiesen, und wir können gewiß sein, daß sie immer mehr Eifer zeigen werden. Wir werden sehen, wie auch aus der letzten Schule der polnische Religionsunterricht in den untersten Klassen verschwinden wird.

Es handelt sich hier um die letzten Reste unserer Rechte in der Schule, um dieses Krümchen von Gerechtigkeit, welche die preussische Rücksichtslosigkeit bis jetzt aus der Schule zu entfernen noch nicht gewagt hat. Unsere Pflicht ist es daher, mit aller Kraft das zu verteidigen, was uns noch verblieben ist. Um aber die Verteidigung unternehmen zu können, muß man die einzelnen Aufstände auf unsere Rechte genau kennen. Deshalb bitten wir die ehrwürdigen Präpste sowie die Familienväter, uns über jeden Fall, in dem der Lehrer den bis jetzt bestehenden polnischen Religionsunterricht aufgehoben hat, Mitteilung zu machen. Wir werden das betreffende Material sammeln und es den Abgeordneten vorlegen, die nicht unterlassen werden, es im Abgeordnetenhaus zu besprechen.

Verteidigen wir unsere Rechte!

Aus Heft Nr. 2 des Przegląd Oświatowy (Posen)
vom 1. Februar 1910:

Der Stand und die Entwicklung des Volksbibliothekenvereins im Kreise Jarotschin am Schluß des Jahres 1909.

Zufolge einer Zusammenstellung des Hauptbureaus der Volksbibliothekenvereine in Posen vom 26. November 1906 besaß der Jarotschiner Kreis zusammen 31 Bibliotheken, die sich auf verschiedene Ortschaften

verteilten. Die ersten vier Bibliotheken errichtete man im Jahre 1882 und zwar in Brzostkowo, Jarotschin, Lissowo und Wilkowja; diese Zahl vergrößerte sich sodann fast jedes Jahr um eine oder zwei Bibliotheken. Die letzten Bibliotheken errichtete man im Jahre 1900 und zwar in Golina, Siedlemin, Kretkow und Smielow.

Diese Bibliotheken, die durch den Hauptvorstand in Posen gegründet und mittelst neuer Büchervorräte verstärkt wurden, standen unter Aufsicht der Kreisdelegierten und der Ortsbibliothekare. Diese Aufsicht, die fast ausschließlich darin bestand, die bezeichneten Ortschaften mit Verstärkungen zu versehen, wurde weder ausreichend noch genügend gewissenhaft angewandt. Um den Stand der früheren Bücher, um die örtlichen Verzeichnisse und Kataloge sowie um die Notierung der Leser, denen Bücher geliehen wurden, kümmerte man sich garnicht. Die Folge einer solchen flüchtigen Behandlung dieser Angelegenheit war die, daß beim Verleihen einzelne Bücher verloren gingen, und beim Wechsel des Bibliothekars ganze Bibliotheken abhanden kamen und neu übersehene Verstärkungen für immer verschwanden.

Als im Jahre 1907 die einzelnen Bibliothekare des Jarotschiner Kreises aufgefordert wurden, ihre Bibliotheken zwecks Durchsicht und Austausches von Büchern nach Posen zu schicken, hat es sich ergeben, daß von den im Kreise Jarotschin gegründeten 31 Bibliotheken kaum 20 dieser Aufforderung nachkamen. Ein Drittel sämtlicher Bibliotheken ist irgendwo verschwunden und nicht mehr zum Vorschein gekommen, was der Schriftführer des Hauptbureaus in seiner Erklärung vom 26. Oktober 1909 mit Bedauern bestätigt. Dieser empfindliche Verlust, den man der mangelhaften Aufsicht verdankt, forderte ebenso wie in anderen Kreisen auch hier zum Besten der Bibliothek und der aus ihr fließenden Volksbildung die durchaus notwendige Reform.

Mit dieser Reform befaßte sich der Hauptvorstand, welcher am 11. September 1907 für die Kreiskomitees des Volksbibliothekenvereins in Posen eine neue Geschäftsordnung herausgab. Durch diese Geschäftsordnung werden in den einzelnen Kreisen Kreiskomitees ins Leben gerufen, die sich aus einigen Personen zusammensetzen. Diesen Komitees werden sämtliche Pflichten des ehemaligen Kreisdelegierten übertragen.

Die neue Geschäftsordnung brachte auch in den Jarotschiner Kreis neues Leben für die Volksbibliotheken. Schon am 20. November 1907 beruft der Kreisdelegierte nach Jarotschin eine Versammlung ein, um die neue Reorganisation durchzuführen. Wie aus dem Protokoll dieser Versammlung hervorgeht, wurde der Kreis in 5 Bezirke eingeteilt und zwar in den Jarotschiner, Jarotschewoer, Neustädter, Zerkower und Kotliner Bezirk. Ferner wurde aus 6 Mitgliedern ein Kreiskomitee gebildet, das die ganze Tätigkeit des Volksbibliothekenvereins im Kreise übernahm. In der Zeit vom November 1907 bis Dezember 1909 hielt das Komitee 7 Versammlungen ab, die sich durch verschiedene nützliche Beschlüsse auszeichneten. In dem Beschluß, der in der Versammlung vom 20. Juli 1909 angenommen wurde, fordert das Komitee, sämtliche Bibliothekare sollen ihre Bibliotheken dem Hauptbibliothekar des Kreises zwecks Austausches der Bücher übersenden. Diesem Beschluß haben sich alle Bibliothekare, mit Ausnahme des aus Wilkowja, angepaßt. Letzterer ist der wiederholten Aufforderung, seine Bibliothek einzuschicken, nicht nachgekommen. Mithin haben im Jahre 1909 19 Bibliotheken ihre Bücher umgetauscht. Nachstehende Zusammenstellungen in Tabellen bieten einen Überblick über den allgemeinen Stand der Bibliotheken vor und nach dem Austausch:

Tabelle I.
Der Stand der zum Austausch übersandten Bibliotheken.

Bezirk	Nr.	Ort	Gesamtzahl der Bücher	Zahl der gut erhaltenen Bücher	Zahl der verbrauchten Bücher	Bemerkungen
I. Jarotschin	1	Jarotschin	66	45	20	1 fremdes.
	2	Gilez	149	138	8	3 fremde.
	3	Ciswica	92	83	9	—
	4	Siedlemin	36	11	24	1 fremdes.
	5	Wilkowaja	—	—	—	—
	6	Golina	269	251	14	4 ohne Titel.
II. Jaratschewo	1	Rusko	93	65	10	18 fremde.
	2	Gora	183	178	5	—
	3	Panienka	144	142	2	—
	4	Jaratschewo	195	187	2	6 fremde.
III. Neustadt a. W.	1	Dembno	174	173	1	—
	2	Kolniczki	82	79	3	—
	3	Neustadt a. W.	147	140	6	1 fremdes.
	4	Radlin	74	73	1	—
	5	Mieschkow	178	111	51	16 fremde.
IV. Zerkow	1	Zernifi	143	138	5	—
	2	Brzostkow	106	101	3	2 fremde.
	3	Zerkow	145	134	11	—
	4	Emielow	37	37	—	—
V. Kotlin	1	Kotlin	115	108	4	3 ohne Nummer.
			2428	2194	179	55

Wie aus der Tabelle hervorgeht, wurden 2428 Bücher zum Austausch überandt, von denen 2194 gut erhalten waren. Davon wurden, weil doppelt vorhanden, 301 Stück in den Katalogen gestrichen.

Von den alten Büchern wurden 1893 Stück zum weiteren Gebrauch bestimmt. Als Verstärkung für das ganze Jahr wurden vom Hauptvorstand in Posen 543 Bücher überwiesen.

Im ganzen wurden zum Austausch 2436 Bücher überwiesen.

Aus diesen Büchern wurden 20 Bibliotheken nach 6 verschiedenen Mustern in der nachstehend bezeichneten Weise gegründet:

Tabelle II.

Nach Muster I. errichtete man 5 gänzl. gleichm. Bibliotheken

"	"	II	"	"	4	"	"	"
"	"	III	"	"	3	"	"	"
"	"	IV	"	"	2	"	"	"
"	"	V	"	"	1	—	—	—
"	"	VI	"	"	5	mehr od. w. gleichm. Bibl.		

N. N. I—VI = 20 Bibliotheken.

Diese Bibliotheken wurden auf die einzelnen Bezirke und Ortschaften in nachstehender Weise verteilt:

Tabelle III.

Der Stand der Bibliotheken nach erfolgtem Austausch.

Bezirk	Nr.	Ort	Muster der Bibliothek						Zahl der Bücher	Bemerkungen
I. Jarotschin	1	Jarotschin	I	—	—	—	—	—	132	hat nicht teilgenommen.
	2	Gilez	—	II	—	—	—	—	120	
	3	Giswica	—	—	III	—	—	—	112	
	4	Siedlemin	—	—	—	IV	—	—	125	
	5	Wilkowaja	—	—	—	—	—	—	—	
	6	Golina	—	—	—	—	—	VI	120	
II. Jaratschewo	1	Rusko	I	—	—	—	—	—	132	
	2	Gora	—	II	—	—	—	—	120	
	3	Panienka	—	—	III	—	—	—	112	
	4	Jaratschewo	—	—	—	—	—	VI	145	
IV. Neustadt a. B.	1	Dembno	I	—	—	—	—	—	132	
	2	Kolniczki	—	II	—	—	—	—	120	
	3	Neustadt a. B.	—	—	III	—	—	—	112	
	4	Radlin	—	—	—	—	V	—	125	
	5	Mieschkow	—	—	—	—	—	VI	112	
IV. Zerkow	1	Zernifi	I	—	—	—	—	—	132	Die Bibliothek ist nur für ein Dominium bestimmt.
	2	Brzostkow	—	—	—	IV	—	—	125	
	3	Zerkow	—	—	—	—	—	VI	143	
	4	Smielow	—	—	—	—	—	VI	65	
V. Kotlin	1	Kotlin	I	—	—	—	—	—	132	neu gegründet.
		Slawoszew	—	II	—	—	—	—	120	

Einschließlich der neugegründeten Bibliothek in Slawoszewo besitzt gegenwärtig der Jarotschiner Kreis in 5 Bezirken 21 Bibliotheken mit 2436 Büchern. Hierzu kommt noch die Zahl der Bücher von Wilkowaja. Von dem Hauptbibliothekar wurden zurückgehalten: An verbrauchten Büchern 179, an Duplikaten 301, zusammen 480 Bücher.

Aus diesen Büchern wurden die gänzlich verbrauchten ausgesucht und endgültig ausgemustert, andere bessere ließ das Komitee einbinden, um aus ihnen zwei oder drei Bibliotheken zu errichten.

Nach der von den einzelnen Bibliothekaren zusammengestellten Statistik *) wurden im vergangenen Jahre im ganzen Kreise 6448 Bücher an die Leser verliehen, somit wurde jedes Buch ungefähr dreimal gelesen. Die Zahl der Leser ist in der Statistik nicht enthalten.

Die weitere Entwicklung des Volksbibliothekenwesens im Kreise ist von der Freigebigkeit der Kreiseinwohner und von der Höhe der jährlichen Volksbibliothekenbeiträge abhängig. Der Hauptvorstand geht gegenwärtig von dem leicht verständlichen und

gerechten Grundsatz aus, die für die einzelnen Kreise bestimmten Bücherverstärkungen je nach der Höhe der von ihnen abgeführten Beiträge zu bemessen. Wegen des viel zu niedrigen Jahresbeitrages von kaum 316,30 M. hat der Hauptvorstand dem Jarotschiner Kreiskomitee mittelst eines besonderen Schreibens vom 12. Januar 1909 Ausstellungen gemacht. Um wenigstens annähernd eine angemessene Verstärkung an Büchern für alle hier bestehenden Bibliotheken übersenden zu können, verlangt der Hauptvorstand einen jährlichen Beitrag von mindestens 800 M. Daher ist das Kreiskomitee jetzt verpflichtet, nach erfolgter Durchführung der Reorganisation der Bibliotheken, in Zukunft seine Haupttätigkeit nach der finanziellen Seite des Vereins zu richten und vor allem dafür zu sorgen, daß in jeder Ortschaft des Kreises ein besonderer und allbekannter Kontrolleur angestellt wird, der an der Vergrößerung der Mitgliederzahl und an dem Sammeln einer möglichst hohen Beitragssumme arbeitet. Zu einem so notwendigen Zweck müssen wir alle die Rolle des Kollektors übernehmen und bei jeder Gelegenheit aufmuntern, zu Gunsten der Volksbibliotheken beizusteuern.

*) Diese Statistik ist sehr ungenau, tatsächlich wurde bedeutend mehr gelesen.

gez.: Geistl. Anton Nowak
Hauptbibliothekar des Kreises.

Aus Nr. 41 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 20. Februar 1910:

Domherr Sander und die „Landwerferejny“.

Wie wir bereits mitgeteilt, hat Domherr Sander den verantwortlichen Redakteur des „Lech“ verklagt, weil er ihm zum Vorwurf gemacht hatte, daß er zu irgend einem Feste des „Landwerferejny“ gegangen sei. Nach der Auffassung dieses Blattes sind aber die „Landwerferejny“ dem katholischen Glauben feindlich gesonnen.

In dem Prozesse stellte es sich heraus, daß der Staatsanwalt diesen Prozeß gegen den „Lech“ auf Antrag des Domherrn Sander angestrengt hatte.

Domherr Sander erklärte vor Gericht, er habe verschiedene geistliche Behörden im Westen Deutschlands angefragt, und diese hätten ihm geantwortet, daß sie von einer feindlichen Gesinnung der Kriegervereine nichts wüßten. Diese Aussage ist sehr interessant. Warum hat denn Domherr Sander nicht in Gnesen, Posen oder Pöplin Erkundigungen über den Charakter der Kriegervereine eingeholt? Fühlt er sich denn in unseren Gegenden so fremd, daß er sogar solche Informationen hier nicht einholen will?

Gar traurige Verhältnisse herrschen bei uns! Ein Domherr erkennt die Krone der polnischen Königin nicht an, ein anderer schleppt polnisch-katholische Redakteure vor die preußischen Gerichte und ein dritter rühmt von der Kanzel herab unseren Kaiser (durch dessen Gnade wir die Enteignung haben usw.), andere wiederum besuchen die Feste der uns feindlichen Organisationen und stellen schwarz-weiße Fahnenstangen auf usw. Der liebe Gott legt uns fürwahr schwere Prüfungen auf!

Aus Nr. 46 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 26. Februar 1910:

Echo von der Enthüllung der Chopin-Gedenktafel.

In Sachen der Nichtzulassung der Vertreter der Presse zur Enthüllungsfeier der Chopingedenktafel im Wielkopski'schen Museum durch den Bischof Likowski hat der Goniec Verwunderung und „gerechtfertigte Entrüstung“ geäußert. Verwunderung — gut! aber vor allem darüber, daß das Komitee sich nicht vorher mit dem Herrn Bischof verständigt und auf diese Weise den unangenehmen Zusammenstoß nicht vermieden hat. Aber die „Entrüstung“ ist ungerechtfertigt, denn an dem guten Willen des Herrn Bischofs kann man nicht zweifeln.

Der Goniec schreibt, in der ganzen Welt pflegt man bei derartigen Angelegenheiten der Presse einen der ersten Plätze einzuräumen. Das ist wahr! Aber geht es denn bei uns so zu, wie auf der ganzen Welt? Bei uns atmet das mächtige preußische System Hartnäckigkeit und Rücksichtslosigkeit und bringt es fertig, alles zu unterdrücken, was uns geistig oder materiell heben kann. Jeder Vorwand ist diesem System gerecht. Unsere Institute müssen daher sogar Vorwände meiden, an denen man anhaften könnte.

Hervorragende Leute in unserer Volksgemeinschaft haben das stets befolgt und befolgen es immer. Der verstorbene Patron der Bauernvereine v. Jackowski z. B. verbot über die Verteidigung des Bodens gegen die Fortnahme durch die Deutschen zu sprechen, dagegen sprach er vom Erhalten des Bodens in der Familie.

Von dieser Anschauung hat sich der Herr Bischof bestimmt leiten lassen. Vielleicht wird mancher denken, daß hiesige Vorsicht zu weit treiben; aber keine polnische oder katholische Zeitung sollte über einen Kirchenfürsten entrüstet sein, der in einer so überaus schwierigen Stellung so viele Beweise für sein heißes Herz gegeben hat. Unsere Religion gibt uns als göttliche Wahrheit Widerstandskraft, sie ist für unsere Nation der stärkste Ball und Hafen. Ihren Einfluß schwächen, das bedeutet, unsere mächtigste Festung zerstören. Auch hier kann es schwere Erfahrungen geben — aber man sollte nicht leichtsinnig über zweifelhafte Sachen Entrüstung äußern. Ich schreibe das als Zeichen des Wohlwollens, nicht als Kritik.

Aus Nr. 42 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 22. Februar 1910:

Der Dziennik Kujawski widmet dem Gedächtnis des Komponisten Chopin einen längeren Artikel, in dem es u. a. heißt:

Durch seine, des Dondichters, Schöpfungen zieht sich gleichsam wie ein herzlicher, aber auch zugleich wie ein blutiger Faden der Schmerz und die Trauer über den Verfall des Vaterlandes. Er wuchs auf in den Zeiten, in denen es schien, als ob unser Land und insbesondere der russische Anteil, ruhigen und glücklichen Augenblicken entgegengehe. Doch als er sich anschickte, Polen für immer zu verlassen, steckte auch in ihm schon die Befürchtung, daß schwere Zeiten für das Vaterland hereinbrechen würden. Und so war er denn in der Ferne stets mit seinem Herzen und mit seinen Gedanken bei ihm. Als er hörte, daß in Warschau die ersten Schüsse gegen die russischen Bedrücker gefallen waren, wollte er in sein Vaterland zurückkehren. Mit fieberhafter Unruhe verfolgte er den ganzen Novembraufstand. Jedes Gelingen der Sache hob ihn am Geiste, jede Niederlage bereitete ihm tiefen Schmerz. Am größten war sein Schmerz, als er erfahren hatte, daß Warschau nach heldenhafter Verteidigung der Übermacht der Russen unterliegen mußte.

Es ist daher auch kein Wunder, daß Chopin, der das Schicksal des Vaterlandes so schmerzlich empfand und den Gott mit einem so erhabenen Talent bedacht, seine Empfindungen zum Ausdruck bringen mußte. Und gerade deshalb steht er uns sehr nahe, gerade deshalb verstehen wir ihn so gut. Nicht jeder Pole kann Chopin verstehen, doch jeder muß es empfinden, daß sich der Meister in seinen Schöpfungen über das Schicksal des Vaterlandes beklagt, daß er für sein Vaterland betet, daß er über seinen Verfall weint, daß er betrübt ist über das Schicksal der zahlreichen Helden, die den Tod fürs Vaterland auf dem Felde der Ehre gefunden haben, oder die nach Sibirien gegangen sind, um da für das Vaterland zu leiden.

Aus Nr. 44 des Lech (Gnesen)
vom 24. Februar 1910:

Der kaufmännische Verband wird von der Gesamtheit unterhalten.

In dem Bericht über die Verteilung der Einnahmen aus den zu nationalen Zwecken verkauften Telegrammen lesen wir u. a., daß die Bruderhilfe und der kaufmännische Verband je 45 Mk. erhalten haben.

Wir haben schließlich nichts dagegen, daß die kaufmännische Bruderhilfe eine Beihilfe aus diesem

Fonds erhalten hat, doch sind wir im höchsten Grade verwundert, daß der Verband der selbständigen Kaufleute eine Unterstützung aus öffentlichen Geldern angenommen hat, ebenso wie es die Bewahranstalten, der arme Student und die kränkliche Lehrerin tun.

Der kaufmännische Verband hat sich dadurch, daß er seine Hand nach öffentlichen Geldern ausstreckt, ein trauriges Zeugnis ausgestellt. Dieser völlige Mangel an Ehrgeiz und Standesbewußtsein macht einen gar traurigen Eindruck.

Wenn der kaufmännische Verband nicht so viel Lebenskraft besitzt, um sich aus eigener Kraft zu erhalten, dann ist es schade, für sein Bestehen Zeit und Geld zu opfern.

Aus Nr. 46 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 26. Februar 1910:

Krone, 24. Februar.

Im Saale des Herrn Gollnik fand heute nachmittag die Generalversammlung der hiesigen „Bank Ziemski“ (Landbank) statt. Sie wurde in Vertretung des Vorsitzenden, der verreist ist, von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn Wladislaus Swietlik, eröffnet. Zum Leiter der Versammlung wurde Herr Redakteur Teska gewählt; dieser berief zum Protokollführer Herrn Dr. Szewsz, zu Beisitzern den Propst Poblocki aus Wtelno und Herrn Kaczmarek aus Wienzowo. Den Rechenschaftsbericht der Bank für das verlossene Jahr und die Bilanz legte das Vorstandsmitglied Herr Apotheker Ryzinski vor. Nach längerer Diskussion wurde die Bilanz, die mit 843 152 Mark balanziert, angenommen. (Der Umsatz beträgt 4 401 145 Mark.) Der Reingewinn betrug nach Abzug der Reserven und Tantiemen 3169 Mark. Es wurde beschlossen, von dieser Summe 7 Prozent Dividende zu zahlen, 2407 Mark wurden der Spezialreserve überwiesen. Aus dem Rechenschaftsberichte erfahren wir ferner, daß der Bank Ziemski 240 Mitglieder mit 279 Anteilen angehören; die Depositen betragen nahezu 460 000 Mark. Bis jetzt sind durch die Bank 6888 Morgen Land an 67 Käufer übergegangen, die, wie wir in der Generalversammlung erfahren, vollständig zufrieden sind.

Nach dem Verlesen des Protokolls über die abgehaltene Patronatsrevision, das vorwiegend über die Geschäfte der Bank spricht, schritt man zur Wahl dreier Aufsichtsratsmitglieder. Es wurden gewählt die Herren Franz Borzych, Theodor Kenzer und Franz Wiecki aus Serock, letzterer als neues Mitglied. Ferner wurde mit allen Stimmen gegen eine Stimme beschlossen, die amtlichen Bekanntmachungen der Bank von jetzt ab im „Dz. Bydg.“ zu veröffentlichen (bisher in der „Gaz. Grudziödzka“).

Weil freie Anträge nicht gestellt wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, die Bank möge sich weiterhin gut entwickeln und zum Wohle der Landwirte tätig sein.

Aus Nr. 46 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 26. Februar 1910:

Über die polnische Ausstellung in Bromberg

ließ sich die hiesige „Dztb. Presse“ aus, ebenso die „Kafeler Zeitung“. Diese Blätter schreiben u. a.: Der Zweck dieser Ausstellung sei, für die Handwerker polnische Abnehmer aus der Umgegend zu werben, daß trotz der großen Kellame diese Ausstellung nichts

anderes bieten werde, wie die polnischen Ausstellungen in Posen, Ostrowo, Gnesen usw. Die Polen sähen solche Ausstellungen nicht als eine rein berufliche Sache an, sondern als ein national-polnisches Unternehmen, das zur Bekämpfung der Deutschen beitragen solle.

Run ja! Jeder schließt von sich auf andere. Mögen sich die deutschen Blätter über das, was die polnischen Aussteller ausstellen werden, den Kopf nicht zerbrechen, denn es geht uns nicht darum, der Welt durch unsere Erzeugnisse zu imponieren, sondern darum, dem breiteren Publikum zu zeigen, was der polnische Handwerker leisten kann. Wenn die Deutschen gerecht urteilen sollten, dann würden sie zugeben, daß in den Verhältnissen, in denen wir leben, unsere Großindustrie der deutschen nicht gleichkommen kann. Dafür sorgt die Regierung mit dem ganzen Heere der Hakatisten. Und wenn wir trotzdem aus eigener Kraft ohne die Hilfe des Staates und der Gemeinden Ausstellungen veranstalten, so beweist das, daß ein mächtiger Geist in uns lebt, daß wir unversiegbare Kräfte besitzen.

Wir sind neugierig, wie die Deutschen mit ihrer Schaffenskraft auszuweichen würden, wenn sie nur 50 Jahre unter einem solchen Joche leben sollten wie wir, wenn man sie systematisch berauben und verdummen und alle Bewegung auf wirtschaftlichem Gebiete und auf dem Gebiete der Aufklärung eindämmen würde.

Nein, ihr Herren Deutschen, ihr habt gar keinen Grund, euch eures Fortschrittes zu rühmen. Wenn ihr die Schätze der polnischen Klöster und der polnischen Kronengüter und die französischen Milliarden nicht geschluckt hättet, dann wäret ihr nicht das, was ihr seid. Was wir besitzen, das haben wir durch unsere eigene Arbeit erworben, nicht durch Raub und Eroberung — und darin liegt unser Ruhm.

Aus Nr. 42 des Lech (Gnesen)
vom 22. Februar 1910:

Ein Buch betreffend den polnischen Handel und das polnische Gewerbe in Gnesen.

Es wird die Herausgabe eines Buches vorbereitet, welches die Adressen aller polnischen Kaufleute, Industriellen und selbständigen Handwerker in Gnesen enthalten wird. Damit diese Zusammenstellung vollständig werde und niemand fehle, wendet sich der Herausgeber an alle Interessenten mit dem Ersuchen, ihre Adressen dem Lech zu übermitteln. Gleichzeitig werden die Interessenten darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Buche, welches in 5000 Exemplaren herausgegeben werden wird, auch Inserate zu billigem Preise Aufnahme finden, um auf diese Weise die erheblichen Herstellungskosten zu decken. Die Annoncen werden mit Artikeln allgemeinen Inhalts durchflochten sein, wie z. B. Abhandlungen über die Lösung „Jeder zu dem Seinen“, „Die Bedeutung des heimischen Handels, der heimischen Industrie und des heimischen Handwerks“, „über Sparsamkeit“ usw.

In dem Buche werden ferner die Jahrmärkte der Stadt Gnesen und der umliegenden Städte aufgeführt sein, alsdann sollen in ihm Aufnahme finden ein Kalendar für das laufende und kommende Jahr, ein Eisenbahnfahrplan, der Posttarif usw. Dieses Buch wird im Kreuzband in die nähere und weitere Umgegend von Gnesen versandt werden.

Wir hoffen, daß die interessierten Kreise den Gedanken betr. die Herausgabe eines solchen Buches mit Freuden begrüßen und das Unternehmen in ihrem eigenen Interesse durch Annoncieren unterstützen werden,

denn nur auf diese Weise kann die Herausgabe ermöglicht werden.

Wer nicht zu inzerieren gedenkt, aber wünscht, daß seine Adresse in dem alphabetischen Verzeichnisse Aufnahme finde, der wolle sie spätestens bis zum 10. März der Redaktion des *Lech* zustellen.

Aus Nr. 4 des *Kupiec* (Posen)
vom 16. Februar 1910:

Der Boykott deutscher Waren

im Königreich und in Galizien geht seinem Ende entgegen. Das „Strohfeuer“ ist erloschen — und die Nachfrage nach deutschen Waren ist — wie die Deutschen sagen — in den polnischen Ländern größer als vor dem Boykott.

Aus Nr. 45 des *Dziennik Bydgoski* (Bromberg)
vom 25. Februar 1910:

Unter der Adresse der Bromberger Staatsanwaltschaft

stellen wir noch einmal die entschiedene Forderung, sie möge die Angelegenheit betreffend den geheimnisvollen Tod der 14-jährigen Korylas aufklären. Die den vermeintlichen Selbstmord begleitenden Umstände waren so wunderbar und geheimnisvoll, daß sich die öffentliche Meinung bis jetzt nicht beruhigen kann; die Entzweiung wird immer wieder durch neue Gerüchte, welche die näheren Einzelheiten des so jungen Mädchens betreffen, geschürt. Man fand bei der Leiche einen Revolver (Browning), dessen Besitzer bekannt ist. Dieser Umstand und die Wunde am Hinterkopfe sind Momente, die zu wunderbaren Mutmaßungen führen.

Wir sind daran gewöhnt, daß die Staatsanwaltschaft mit unerhörter Hast jedem politischen Vergehen, und wäre es auch das einfachste, nachspürt. Wir verlangen daher auch, daß sie gleichen Eifer da zeigt, wo es sich um ein Menschenleben handelt. Schließlich ist es im Interesse der Gerichtsbehörden selbst erforderlich, daß diese Sache endlich einmal aufgeklärt wird, denn das Gerüchte der Leute, obgleich ungerecht, untergräbt ihr Ansehen.

In großen Städten ist es üblich, daß die Staatsanwaltschaften das Ergebnis der Untersuchungen der Presse mitteilen. Wir meinen nun, daß die Bromberger Staatsanwaltschaft diese Gepflogenheit kennt und sich ihr anpassen wird. Zwar hat sie in dieser Beziehung bis jetzt keine besondere Neigung gezeigt, aber doch sollte sie es verstehen, daß dies ihre Pflicht ist. Wenn sie diese nicht selbst tut, müssen wir sie daran erinnern. Vor allem hat das Publikum das Recht, darüber Aufklärung zu verlangen, auf welche Weise der wertvolle Revolver in die Hände der Verstorbenen gekommen ist und ob es möglich ist, daß sie sich selbst hinterrücks in den Kopf geschossen haben kann. Warum hat denn übrigens die Staatsanwaltschaft die Leiche zuerst zur Beerdigung freigegeben und warum hat sie erst später die Sektion angeordnet, obwohl es doch in solchen Fällen ihre Pflicht ist, die Leiche sofort mit Beschlagnahme zu versehen, um die Ursache des Todes festzustellen.

Wir versichern der Staatsanwaltschaft, daß wir nicht aufhören werden, genügende Aufklärung zu verlangen, bis man sie gegeben haben wird. Wir haben in dieser Angelegenheit die große Mehrheit hinter uns.

Aus Nr. 24 der *Gazeta Ostrowska* (Ostrowo)
vom 24. Februar 1910:

Ein Brief.

Ostrowo, den 19. Februar 1910.

Gelobt sei Jesus Christus!

Geehrte Redaktion!

Weil man nicht nur in der *Gazeta Ostrowska*, sondern auch in den anderen polnischen Blättern ziemlich oft die Parole „Jeder zu den Seinen“ antreffen kann und die Leute zweifelsohne denken, daß unsere Gesamtheit noch so rückständig und nachlässig sei, daß sie alle ihre Bedürfnisse bei Fremden befriedige, obwohl sie alles bei den Landsleuten bekommen können, so möchte auch ich diese Angelegenheit, und zwar vom Standpunkte des Bauern berühren. Auf dem Dorfe geboren und alt geworden, konnte ich — da ich die Eigenschaft besitze alles zu beobachten — die Wahrnehmung machen, daß es heute nur noch wenig Leute in der Gesamtheit gibt, die nicht wissen, daß jeder Pole die Seinen unterstützen müsse. Aber gerade hier ist es vom Wort zur Tat sehr weit. Die Schuld hieran schiebe ich vor allen Dingen den Herren Kaufleuten selbst zu, die nach allen Seiten hin fortwährend „Jeder zu den Seinen“ schreien, sich selbst aber daran nicht halten, sondern auf Grund dieser Parole auf einmal reich werden möchten, wenn auch mit Schaden des andern. Die Waren beziehen sie oftmals von Fremden, obwohl sie so manches von den Landsleuten beziehen könnten.

Viele sagen, daß man bei den Landsleuten alles ebenso bekommen könnte wie bei den Fremden, z. B. beim Juden. Ich kann mich damit nicht einverstanden erklären. Ich war auf dem Dorfe lange Jahre hindurch Landwirt und hatte eine große Familie zu versorgen gehabt. Ich brauchte also jahraus jahrein eine große Menge Waren, die ich dort einkaufte, wo ich merkte, billiger und besser kaufen zu können — also manchmal auch beim Juden, von dem ich wußte, daß er ehrlich ist. Es gibt nämlich auch ehrliche Juden. Ich muß bekennen, daß ich mit dem Juden fast immer zufriedener war als mit dem Polen. Ich könnte hier zahlreiche Beispiele aus eigener Erfahrung oder von anderen glaubwürdigen Leuten anführen, aber das dürfte zu weit führen. Daher beschränke ich mich nur auf ein Beispiel. Eines Tages ging ich mit der Frau in ein polnisches Herrengarderobengeschäft, um dort 2 Arbeitsanzüge für unsere Söhne zu kaufen. Meine Frau verlangte etwas besseres — und ohne uns die Sachen näher anzusehen — die Verkäuferin bürgte für die Güte der Ware — haben wir die Anzüge genommen und den geforderten Preis gezahlt. Als wir uns aber die Ware zu Hause näher angesehen haben, so sahen wir die Beisehung. Der Oberstoff ging zur Not, aber das Futter und die Taschen waren aus dem billigsten und schlechtesten Stoffe. Alles war ohne Knoten genäht, ging in kurzer Zeit auseinander und mußte von neuem zusammengenäht werden.

Ein jeder, der in solchem Geschäft solche Ware kauft, wird wohl dieses Geschäft in Zukunft meiden, und falls er die Ware nicht bei anderen Landsleuten zu kaufen bekommt, zum Juden gehen. In anständigen Judengeschäften kommen solche Sachen nicht vor.

Zum Glück gibt es noch unter der polnischen Kaufmannschaft $\frac{3}{4}$ ehrliche und gewissenhafte Leute, denen man nichts vorwerfen kann und die auch, obwohl sie nicht fortwährend „Jeder zu den Seinen“ schreien, jedenfalls keinen Mangel an Kundschaft haben. Mögen also diese Herren, die so viel schreien und die Nationalparolen mißbrauchen, zuerst ihre Geschäfte mit besserer Ware versehen, dann kommen die Kunden von selbst

Mit ihrem Geschrei werden diese Herren kein Loch im Himmel machen, denn unser Publikum weiß ganz genau, welche Pflichten es der Volksgesamtheit gegenüber hat. Es erfüllt auch diese Pflichten mit wenigen Ausnahmen getreu und weiß gut, daß man jedem das Gute, sich selbst aber das Beste wünschen müsse, denn ein Narr ist der, der anderen besseres wünscht als sich selbst.

M. P., ständiger Abonnent der „Gaz. Ostr.“

Anmerkung der Redaktion: Wir bringen die vorstehende Korrespondenz, denn wir wollen in dieser so überaus wichtigen Angelegenheit jeden zu Worte kommen lassen. Wir sind auch, mit wenigen Ausnahmen, mit den Ausführungen des Korrespondenten einverstanden. — Wir pflichten ihm voll und ganz bei, wenn er sagt, daß die Kaufleute nicht durch Mißbrauch der Parole „Jeder zu den Seinen“, sondern durch gute und ehrliche Bedienung sich die Kundschaft erwerben sollen. Wir können jedoch bei dieser Gelegenheit nicht verschweigen, daß gerade das kaufende Publikum unseren Kaufleuten und Industriellen durch seine Einfißlosigkeit die Arbeit sehr erschwert.

Aus Nr. 25 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 26. Februar 1910:

Bojan, Kr. Neustadt, Wpr.

Herr F. Wyelink aus Kielno hat von einem andersgläubigen Deutschen eine 72 Morgen umfassende Besitzung angekauft. Sie befand sich seit undenklichen Zeiten in deutschen Händen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 24 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 24. Februar 1910:

Wie uns geschrieben wird, beabsichtigen mehrere Landsleute in Rogoschno (Kr. Graudenz) ihre Besitzungen an Lutheraner zu verkaufen. Zwei kleine Bauern sollen schon sogar ihre Besitzung in fremde und uns feindliche Hände abgetreten haben. Es ist dies eine überaus traurige Erscheinung, daß in der jetzigen Zeit, wo man den heimischen Boden mit Füßen und Händen halten muß, sich sogar unter den kleineren Bauern Verkäufer finden. Es offenbart sich hier ein furchtbarer Mangel an nationalem Gefühl. Wir hoffen, daß diejenigen, welche es angeht, sich von solcher schändlichen Tat zurückziehen. Red.

Aus Nr. 25 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 26. Februar 1910:

Chylonia, den 11. Februar 1910.

Unser Dorf unterscheidet sich gar nicht von anderen Dörfern auf dem kaschubischen Boden, und die Leute auf demselben sind nicht besser und auch nicht schlechter als wo anders auf Gottes weiter Welt. In letzter Zeit haben es sich aber gewisse Herren der hiesigen Umgegend in den Kopf gesetzt, daß unser kaschubisches Volk noch nicht genug Bildung besitzt. Man gründete daher für sie schleunigst einen sogenannten „Bildungsverein“. Man begann die Bildung damit, daß unlängst im Gasthof der erste Bildungsabend abgehalten wurde, wo man unseren ehrlichen Kaschuben mehrere deutsche Lieder vorgesungen und mehrere Vorträge gehalten hat.

Unser ehrliches kaschubisches Völkchen, das ziemlich zahlreich versammelt war — denn warum sollte es nicht hingehen, wenn es sogar solche Herren dazu eingeladen haben — sah dem allen zu, wie der Dchse das gemalte Tor ansieht; wie es aber zum Schluß wahrnahm, daß gewisse Herren Bravo schlugen, schlug es auch in die Hände, daß die Fensterscheiben des Gasthofs erzitterten. Sogar die Freudentränen standen jenen Leitern des „Bildungsvereins“ in den Augen und sie fingen an in allen deutschen Zeitungen zu schreiben, daß das kaschubische Volk doch noch bildungsfähig sei, und daß ihm noch mehr solche Abende fehlten. O, was für ein Glück Dir Bruder Kaschube begegnet hat, daß solche Herren, sogar die Lutheraner, Dich ausbilden wollen. Weißt Du aber auch, zu was sie Dich ausbilden? Wenn Du es nicht weißt, so sage ich es Dir. Vielleicht hast Du schon Leute gesehen, die auf dem Kopfe eine Mütze mit einem langen Schirm tragen, im Gesichte erzfarbige Bärte tragen und im Munde von früh bis abends die Pfeife halten. Sie heißen Fritz, Gottlieb und Gott weiß wie noch anders. Zu solchem Fritz und Gottlieb sollst auch Du ausgebildet werden. Ei, ei, wie fein wirst Du nach solcher Bildung aussehen und wie stolz wird das sein, wenn Du Dich mit einem alten Bekannten triffst und ihm nicht mehr zum Gruße sagen wirst: Gelobt sei Jesus Christus, oder Guten Morgen, sondern statt dessen wirst Du aus ganzem Halse, Guten Morgen, Kamerad, oder Guten Tag, Freund schreiben. Da wird er Dich aber groß ansehen und er wird sich nicht genug wundern können, daß Du so ausgebildet bist, und Bismarck wird vor Freuden im Jenseits in die Höhe springen. H.

Aus Nr. 25 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 26. Februar 1910:

Aus Radzyn wird uns geschrieben, daß der Landsmann Herr Jarwalski die Besitzung von 176 Morgen in Reuhof bei Radzyn von dem deutschen Herrn Bloch für 97 000 Mk. erworben habe. Diese Besitzung befand sich seit undenklichen Zeiten in deutschen Händen. — Dem Erwerber: Viel Glück! Red.

Aus Nr. 45 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 25. Februar 1910:

Einen Verrat des Zentrums

Könnte man das Resultat der letzten Sitzung der Wahlreformkommission nennen, über welches wir gestern umfangreicher berichteten. Kurz gesagt lautet das Resultat: **Geheime Wahl der Wahlmänner, öffentliche Wahl der Abgeordneten.**

Die Kommission hat das Regierungsprojekt völlig umgedreht — die Regierung verlangte öffentliche, unmittelbare Wahlen — das Zentrum und die Konservativen brachten in der Kommission mittelbare und geheime Wahlen durch, soweit die Wahl der Wahlmänner in Frage kommt.

Man kann zwar heute noch nicht behaupten, daß dieser Beschluß der Kommission auch die Sanktion des Abgeordnetenhauses erhält, und daß diese Sanktion das Herrenhaus bestätigt. Die bisherige Erledigung der wichtigsten Punkte der „Reform“ entspricht allerdings der Kompromißstellung des Zentrums und der Konservativen, doch angesichts der Unbeständigkeit der neuesten politischen Kursrichtung sind Überraschungen nicht ausgeschlossen. Das Zentrum hat zweifelsohne in dieser Angelegenheit eine traurige Rolle gespielt und

wiederm gezeit, daß, was die Durchführung einer gerechten Wahlreform betrifft, man sich auf diese Partei absolut nicht verlassen kann. Zuerst haben nicht nur die ganze Zentrumspreffe, sondern auch die Abgeordneten mit einer breiten Geste das vier Eigenschaften besitzende Wahlrecht für das preußische Abgeordnetenhaus verlangt, und jetzt? — Ein elendes Kompromiß mit den Konservativen ist das Endergebnis. Deutsche Zeitungen nennen dieses Kompromiß nicht mit Unrecht einen Volksverrat.

Wie sehen angesichts dieser Zentrumsstellung die Polen aus? Man könnte darauf ganz kurz antworten: **wie immer.** Wir kennen allerdings nicht die Kulissenverträge der reaktionären Mehrheit der polnischen Fraktion mit dem Zentrum, aber aus der kurzen Bemerkung des Abgeordneten Korsantj kann man schließen, daß in dieser wichtigen Angelegenheit die Polen um ihre Meinung erst nicht befragt wurden. Der Abgeordnete Korsantj hat nämlich in seiner Rede ganz ausdrücklich hervorgehoben, daß die zentrums-konservativen Anträge die polnische Fraktion überrascht hätten, seine Ausführungen daher seine politischen Freunde nicht binden könnten.

Die Polen haben schon an dem Zentrum-konservativen Wagen kein Glück, und sie werden als das fünfte Rad an diesem Wagen behandelt. Zuerst wurden sie von den Konservativen verleugnet, jetzt werden sie vom Zentrum ignoriert. Das ist zwar keine angenehme Art der Behandlung, aber in Hinsicht auf die politische Erziehung — sozusagen sehr erwünscht. Der Mangel an dieser Erziehung macht sich nämlich beim überwiegenden Teil der polnischen Fraktion empfindlich bemerkbar.

Aus Nr. 38 des Postep (Posen)
vom 17. Februar 1910:

Achtung.

Das Königer Gymnasium wird in einigen Jahren sein 100jähriges Jubiläum oder vielmehr seine Umwandlung aus einem jesuitischen Kolleg in ein Gymnasium begehen. Das Komitee, welches sich zwecks Begehung einer Festfeier gebildet hat, hat beschlossen, Beiträge zwecks Gründung von Stipendien für arme Schüler zu sammeln. Es verschickt gegenwärtig auch an zahlreiche polnische Bürger Aufrufe des Inhalts, sich dem Komitee anzuschließen und die Landsleute zu Beiträgen für den genannten Zweck zu bewegen. Leider ist es vorauszu sehen, daß die aus polnischen Taschen fließenden Beiträge doch nur ausschließlich deutschen Schülern zugute kämen. Werden doch mit den bestehenden zahlreichen und reichen Stipendien am Königer Gymnasium, die von ihren Stiftern oft mit dem Vorbehalt gestiftet worden sind, daß sie für polnische Schüler bestimmt seien, fast ohne Ausnahme nur deutsche Schüler bedacht. Angesichts dieser Sachlage entstand der Vorschlag, daß die früheren polnischen Schüler dieser alten Schule einen eigenen Fonds für einen polnischen Schüler des Königer Gymnasiums nach der Anordnung des Vereins der Unterrichtsbeihilfe gründen sollen. Wir warnen also davor, sich mit dem gegenwärtigen Komitee zu vereinigen. Die polnischen Zeitungen bitten wir um Wiederholung dieser Notiz.

Aus Nr. 1 des Witzblatts Filut (Pelslin)
vom Februar 1910:

(Unentgeltliche Beilage des Pielgrzym.)

II der neuesten preußischen Paragraphen.

§ 1. Jeder in Preußen wohnende Bürger ist und muß ein Preuze aus Blut und Elfenbeinknochen sein. — (Das „Elfenbein“ hat der Drucker hinzugefügt.)

§ 2. Die hauptsächlichste Pflicht des preußischen Bürgers ist ohne Murren Steuern zu zahlen, dann beim Militär zu dienen und jeden Augenblick bereit sein, sein Leben der Größe des „Vaterlandes“ zum Opfer zu bringen — im übrigen hat er das Maul zu halten.

§ 3. Die Leiter des preußischen Staatsschiffes sind unfehlbar, daher darf man die preußische Regierung nicht tadeln.

§ 4. Die Regierung ist einzig und allein um das Wohl der Bürger besorgt. — Die Minister sind bereit, in zerrissenen Hosen und Stiefeln zu gehen, nur wenn es den Bürgern gut geht.

§ 5. Jeder „Preuze“ mußte um die Vergrößerung des „Vaterlandes“ besorgt sein. Dies betrifft namentlich diejenigen, die an der Grenze wohnen.

§ 6. In Preußen ist es jedem erlaubt so zu sprechen, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, aber man muß mit diesem Schnabel immer deutsch sprechen. (Namentlich zu den Tieren muß man deutsch reden.)

§ 7. Die Abgeordneten darf man nach seiner Überzeugung aus eigenem Gutdünken wählen. Sollte aber jemand einen Abgeordneten wählen, der nicht nach der Pfeife der Regierung tanzt, der wird sofort auf irgend einen Kometen verseht.

§ 8. Die preußisch-deutschen Farben sind weiß-schwarz bzw. weiß-schwarz-rot. Deswegen müssen alle Fahnen, Krawatten, Kleider, Socken, Alwanzüge und Windmühlenflügel diese Farben tragen.

§ 9. In Preußen müssen der Gesang und die Musik deutsch sein. Die Besitzer von Drehorgeln, Harmonikas, Grammophons und aller anderen Instrumente, die nichtdeutsche Melodien spielen, sind zur Strafe zu notieren und im Falle von Widerstand sofort ins Gefängnis zu werfen.

§ 10. Jeder Pole und jede Polin in Preußen mußten im Laufe von 18 Jahren sich in Deutsche und Lutheraner umgewandelt haben, andernfalls Gewalt angewendet wird, und im Falle von Widerstand das Abschneiden der polnischen Zungen erfolgt. Diese Zungen erhalten die Hakatisen zwecks Veranstaltung eines allgemeinen patriotischen Essens bei den Klängen des Hymnus: „Deutschland, Deutschland über alles“!

§ 11. „Es wird weiter gefessen!“

Aus Nr. 26 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 1. März 1910:

Die Empörung und Erbitterung auf Pelslin

wächst infolge der immer offener zu Tage tretenden Germanisation der kirchlichen Behörden sowohl beim polnischen Volke als auch bei dem polnischen Klerus immer mehr. Liebe und Vertrauen zur kirchlichen Behörde in Pelslin sind bei der polnischen Geistlichkeit im Schwinden begriffen. Die Klagen der Geistlichen auf die germanisatorischen Anläufe der geistlichen Behörde werden von Tag zu Tag schmerzlicher — und es mußte in der Tat schon weit gekommen sein, wenn ein katholischer Geistlicher infolge der immer heftiger werdenden Entfernung der Sprache auf Luther hinwies, als ob er damit sagen wollte:

„Macht aus der Dienerin Christi, welche die hl. Kirche ist, nicht zu sehr ein Werkzeug der weltlichen Behörden, denn dadurch werdet ihr ihr den übernatürlichen Zauber, den Christus ihr gab, nehmen — und dann Gnade der Anhänglichkeit zur hl. Kirche.“

Eine Warnung für die bischöfliche Behörde war der von polnischen Geistlichen unter dem Titel „Wir klagen an“ geschriebene Artikel, der vor anderthalb Jahren erschienen ist. Von der Zeit an wiederholten sich haufenweise die Klagen des polnischen Klerus gegen das bewußte Germanisieren der polnischen Jugend und der Parochianen mit Hilfe der hl. Kirche in unserer Diözese. Doch das alles fand in Pöplin taube Ohren. Der Bischof Rosentreter fand auf diese schmerzlichen Klagen der polnischen Geistlichkeit einzig nur den Vorwurf: „Ihr werdet einen solchen Bischof haben, wie ihr ihn zu haben wünscht“. Statt die Klagen zu prüfen, ob doch vielleicht ein Körnchen Wahrheit in ihnen enthalten ist, machte er den polnischen Geistlichen den Vorwurf, als ob sie der bischöflichen Würde zu nahe getreten wären. Kann denn dieses zur Stärkung des Vertrauens beitragen?

Gewissermaßen als Antwort auf diese Klagen war die Ernennung des Domherrn Scharmer zum Kulmer Offizial, desselben Priesters, der als Propst in Danzig der bischöflichen Anordnung entgegen den polnischen Gesang in der Parochie nicht eingeführt hat. Drängte sich zuzeiten des verstorbenen Offiziats Lüdke das Deutschtum in die Gotteshäuser ein, so wird dasselbe unter dessen Nachfolger gewissermaßen schon wie mit Hilfe von Paragraphen eingeführt. Den Geistlichen ist die Arbeit in den Volksvereinen verboten worden, die Propsteien werden mit Deutschen besetzt (in Gollub-Biskupitz, Kommorsk usw.), und soweit diese noch polnische Propste zu Inhabern haben, mit deutschen Vikaren versehen, die die polnische Sprache radebrechen, wie z. B. in Hoch-Stäblau. Die Kenntnis der polnischen Sprache bei den Kindern, die zum Beichtunterricht gehen sollen, fängt man endgültig an, nach der Schule und nicht nach dem Elternhause zu taxieren usw. Und gar die Verfügung, die in der Allerheiligenlitanei die polnischen Heiligen beseitigt, ist ein Schlag ins Gesicht, der auch den völlig stumpfen Polen bis ins Innerste verletzt. — Bei Gott! Wozu führt das!? Die Seelsorger der allgemeinen katholischen Kirche kassieren große Heilige, die nicht nur unserer polnischen Ehre, sondern auch der der ganzen römisch-katholischen Kirche zum Ruhme gereichen? Wir fragen, ist ein ähnlicher Fall irgendwo in der katholischen Welt vorgekommen? Wollen die Hirten selbst die hl. Kirche zu einer Staatskirche degradieren, und die Heiligen dieser Kirche abhängig machen von der Gnade eines Kanzlers oder Ministers oder schließlich von der Strömung des Sakatismus?

Der erwähnte Fall fängt an, unsere ganze Volksgesamtheit bis in ihre Tiefen hinein aufzuregen, und wer weiß, ob er nicht noch größere Kreise ziehen wird — die polnischen Zeitungen fangen an, unsern Artikel abzu drucken, und der „Dziennik Bydgoski“ versieht ihn mit folgendem bitteren Vorwort:

„In der Kulmer Diözese geschehen unerhörte Dinge. Die hl. Kirche wird dort langsam in eine deutsche Nationalkirche umgewandelt. Davon zeugen u. a. folgende frische Beweise, über welche man ersichtlich aus den Kreisen der Geistlichkeit) der „Gazeta Gdanska“ berichtet.

Es ist bedauerlich, daß die „Gazeta Gdanska“ nicht erwähnt, ob die durch die Streichung der Heiligen Polens entstandenen Lücken ausgefüllt wurden oder nicht. Sollten die Lücken noch vorhanden sein, so raten wir, unter den Namen der „Heiligen“, die die Brüderschaft „Sakate“ anbetet, Umschau zu halten.“

Bittere Worte zwar — aber berechtigt. Es ist schon weit gekommen, wenn die Zeitungen gezwungen sind, auf diese Weise zu schreiben — es ist weit gekommen, wenn ein polnischer Geistlicher — Luther erwähnt.

Aus Nr. 26 der Gazeta Gdanska (Danzig)
vom 1. März 1910:

Gorrenschin.

Die Sonntagsversammlung zwecks Gründung eines Volksvereins ist so zahlreich besucht worden, daß viele Teilnehmer wegen Überfüllung des Saales zurückkehren mußten. Die Versammlung fand im Saale des Herrn Stile statt.

Kurz nach 1 Uhr eröffnete Herr Fr. Paszke aus Zuckau die Versammlung. Zum Leiter wurde einstimmig Herr Rogala aus Berent gewählt. Dieser berief zum Schriftführer Herrn Lipski aus Gorrenschin und zu Beisitzern die Herren Siebert und Remlin, ebenfalls aus Gorrenschin.

Die Vereinssatzungen wurden von Herrn Paszke vorgelesen und erklärt. Die Satzungen wurden mit kleinen Änderungen einstimmig angenommen.

In den Vorstand sind gewählt worden: Josef Potrykus aus Ditzkye pusti als Vorsitzender, Herr Franz Byczkowski aus Kielpin als Schriftführer, Herr Alexander Lipski aus Gorrenschin als Schatzmeister, die Herren Anton Flisikowski aus Gorrenschin und Johann Flisikowski aus Dwscharfen als Beisitzer. Dem neuen Verein sind gleich 76 Mitglieder beigetreten.

Herr Sobiechowski von der Gaz. Grudz. aus Graudenz sprach über die Notwendigkeit der Gründung von Volksvereinen in der Kaschubei und von den segensreichen Folgen der Tätigkeit solcher Vereine.

Herr Paszke charakterisierte als geborener Kaschube das Leben und Treiben seiner Mitbrüder in der Kaschubei, erzählte von der langsamen Entsendung von Geistlichen, Germanisatoren nach der Kaschubei, was für die Kaschuben eine sehr, sehr gefährliche Sache sei. Daher müßten die Kaschuben die Augen offen halten damit man sie nicht germanisiere und schließlich lutheranisiere. Herr Rogala appellierte an die Anwesenden, dem Verein beizutreten, polnische Zeitungen und Bücher zu lesen, da dieses doch der einzige Weg für unsere Bildung sei, da die Schulen die polnische Sprache nicht lehrten und vorderhand auch nicht lehren würden.

Nach dem Absingen der ersten Strophe des Liedes: „Wer sich unter den Schutz seines Herrn begibt“ schloß der Vorsitzende nach 3 stündiger Dauer die Versammlung.

Die Versammlung war im ganzen Sinne des Wortes imposant — aus den Augen der Anwesenden leuchtete wahre Begeisterung für die Sache, was eine gute Entwicklung des neu gegründeten Vereins verspricht. Glück auf!

Aus Nr. 22 der Gazeta Gdanska (Danzig)
vom 19. Februar 1910:

Zoppot.

Der (polnische) Volksverein in Zoppot hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, an den Herrn Bischof in Kulm ein Gesuch um Vermehrung der polnischen Andachten abzusenden. Um alle Zoppoter Landseute zur Unterzeichnung dieses Gesuchs zu bewegen, sind am vorletzten Sonntag nach der polnischen Andacht vor der Kirche eine größere Anzahl von Aufrufen verteilt worden, in

denen genau angegeben war, wo und wann das Gesuch zur Unterzeichnung ausliegt. Zwei Personen, die sich mit dem Verteilen der Aufrufe befaßt haben, sind schon von der Polizei zur Vernehmung vorgeladen worden.

Aus Nr. 22 der Gazeta Gdanska (Danzig)
vom 19. Februar 1910:

Hochstüblau (Zblenno).

Unsere Blätter haben viel von stummen, von germanisierenden Geistlichen usw. geschrieben, aber von unserem Hochstüblau ist nichts zu hören, obwohl wir hier auch einen solchen Herrn Wikar haben, der die polnisch-katholische Bevölkerung geradezu geringschätzig behandelt. Es ist dies der Geistliche Klebba. Zu Anfang ist er wenigstens noch nicht offen als Germanisator aufgetreten. Polnisch spricht er so einigermaßen, und er hält auch zur Not eine polnische Predigt. Die deutschen Katholiken würden ja damit nicht zufrieden sein, wenn sie in ihrer Sprache eine derartige Predigt hören würden, aber die Polen sind nicht so anspruchsvoll, und wenn nicht gerade zu grobe Fehler vorkommen, dann sprechen sie gar nicht darüber. Jetzt führt sich aber der Herr Wikar in einer Weise auf, daß unmöglich darüber geschwiegen werden kann. Deutsche Feste besucht er, aber uns meidet er. Am vorigen Sonntag fand hier eine polnische Liebhabervorstellung statt, zu welcher der Geistliche Klebba auch eingeladen war. Gleichzeitig hat das deutsch-lutherische Theater, das von Zeit zu Zeit von Graudenz zu uns kommt, hier eine Vorstellung veranstaltet. Diese lutherisch-deutsche Theatervorstellung einer Wandertruppe zu besuchen, hat der Herr Wikar für angemessen gehalten, aber die Theatervorstellung eines polnisch-katholischen Vereins hat er nicht besucht. Na, das ist kein Wunder, dort konnte er sich offenbar in einer für ihn passenderen Gesellschaft gut amüsieren, was er anscheinend besonders liebt. Wahrhaftig, eines solchen Geistlichen können wir nicht mehr gedenken. Ich könnte in dieser Angelegenheit noch mehr schreiben, denn ich weiß noch sehr viel, aber ich glaube, daß vorläufig auch das genügt. Das kann ich aber nicht verschweigen, daß, obwohl der Geistliche Klebba ziemlich fließend polnisch spricht, er überall, wo es nur irgend geht, die deutsche Sprache zu verbreiten beliebt; und er spricht auch mit solchen Leuten deutsch, die darauf nicht achten und trotzdem mit ihm polnisch sprechen.

Ein Parochiane.

vergibt er auch nicht, sich mit den Leuten bekanntzumachen, die den Wahlkomitees und sogar dem Zentralkomitee angehören.

Sobald ihn aber die Volksgesamtheit mit der Abgeordnetenwürde bedacht hat, dann fängt er an, nicht nur die Gesamtheit zu meiden, sondern auch den Reichs- oder Landtag, und wenn es sich um eine wichtige Abstimmung handelt, dann muß man den Herrn Abgeordneten, und dazu noch mehreremal, telegraphisch nach Berlin berufen. Ein hervorragender Sammelpunkt solcher Saumseligkeit und solchen Mangels an Verständnis für die Abgeordnetenpflichten ist der Landtag, wo Dank der Abwesenheit der (polnischen) Abgeordneten sogar schon Anträge der polnischen Fraktion durchgefallen sind. Ja, zwei polnische Abgeordnete kann man dort fast jedes Mal sehen, sechs aber nur bei wichtigen Angelegenheiten, aber wir haben doch 13 Landtagsabgeordnete.

Nicht viel besser geht es im Reichstage zu, immerhin etwas besser. Auch im Reichstage haben mitunter die Regierung und der Block nur deshalb gesiegt, weil sich der Herr Abgeordnete Sprecher weit von Berlin in oregonreichen Wäldern erging, weil der Herr Abgeordnete nachlässig noch im Bett den Austerneft wiedergefaut hat, Herr Undeutlich hat sich wiederum zu Hause amüsiert, wo er durch Berufsinteressen zurückgehalten wurde, und weil Herr Nichtsprecher aus diesem und Herr Schweiger wiederum aus einem anderen Grunde gar nicht in Berlin weilen konnte. Es hat nicht einmal der Verlust jener 20 M. genutzt, den der Glos Narodu erwählt hat.

Es wird auch nicht eher anders werden, bis nicht mehr die Eitelkeit allein die Hauptursache der Bemühungen für die Abgeordnetenwürde sein wird. Unsere Volksgesamtheit darf in jedem Falle nur solche Abgeordnete wählen, von denen sie überzeugt ist, daß sie ständig in Berlin weilen werden. Und diejenigen Abgeordneten, die da meinen, daß sie der Gesamtheit einen Dienst erweisen, wenn sie von Zeit zu Zeit ihre „aufgeklärten“ Gesichter im Reichs- oder Landtagsgebäude zeigen, müssen mit eisernen Besen aus Berlin weggesetzt werden. Wir schicken unsere Abgeordnete nicht zur Parade nach Berlin — sondern zur Arbeit.

Aus Nr. 23 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 22. Februar 1910:

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Berlin, den 19. Februar 1910.

Geehrte Redaktion!

In der Nummer 22 der „Gazeta Grudzionska“ ist ein Artikel unter der Überschrift „Die faulen polnischen Abgeordneten“ veröffentlicht worden. Dieser aus dem Krakauer „Glos Narodu“ übernommene Artikel bezieht sich freilich in erster Linie auf den Lemberger Landtag. In den Bemerkungen der geehrten Redaktion zu dem Artikel des Krakauer Organs ist er auf das deutlichste auch auf die Gesamtheit der polnischen Abgeordneten im preussischen Landtage und im deutschen Reichstage übertragen worden. In dieser Verallgemeinerung halte ich diesen Artikel für ungerecht und die polnischen Abgeordneten in den gesetzgebenden Körperschaften zu Berlin kränkend. Deshalb protestiere ich hiermit gegen diesen Artikel.

Die polnischen Abgeordneten im deutschen Reichstage tun, was in ihrer Kraft steht, um ihrer schwierigen Aufgabe gerecht zu werden.

Aus Nr. 22 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 19. Februar 1910:

Im Anschluß an einen

„die faulen polnischen Abgeordneten“

überschriebenen Artikel des Krakauer „Glos Narodu“, welcher die Faulheit der polnischen Abgeordneten in Lemberg, Wien, Petersburg und Berlin in abfälliger Weise kritisiert, schreibt die Gazeta Grudzionska:

„Soviel das Krakauer Blatt. Man muß ihm Recht geben. Schon häufig haben wir in unserem Blatt darauf hingewiesen, daß zu Abgeordneten nur solche Leute gewählt werden sollen, die Zeit haben in Berlin zu sitzen und sich an der Abgeordnetenarbeit in den Kommissionen aktiv beteiligen wollen. Leider geht es anders zu. Ein Mensch, der die Abgeordnetenwürde erringen will, fängt an, sich an Versammlungen und Vereinssitzungen zu beteiligen, er mischt sich unter das Volk und wirbt um seine Gunst. Dabei

Ich bitte daher die geehrte Redaktion, in Zukunft Artikel dieser Art der Verallgemeinerung in die Spalten der „Gazeta Grudziöndzka“ nicht aufzunehmen.

Achtungsvoll

Viktor Kulerski,
Verleger der „Gazeta Grudziöndzka“,
Reichstagsabgeordneter.

Aus Nr. 23 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 22. Februar 1910:

In der Angelegenheit des neuen Kulmer Ritual.

Es wird uns geschrieben!

In sehr berechtigter Weise entrüstet und beklagt sich ein Priester über den neuen Kulmer Ritual, weil es ungerechte Neuerungen enthält, und ich füge hinzu, auch unnötige Neuerungen, denn das vorherige Ritual war gut. Ungerecht ist jenes Ritual deswegen, weil der polnische Text in den uns unverständlichen lateinischen Text geändert worden ist, und die polnische Sprache ist so verhunzt, daß man es geradezu wasserpölnisch nennen muß. Verdienen wir Polen denn eine derartige Geringschätzung seitens der kirchlichen Behörde? Weshalb werden wir denn unaufhörlich unserer Privilege beraubt? Aus welchem Grunde gibt denn jeder neue Bischof in Pölslin ein neues Ritual heraus? Nach meiner Ansicht könnte man die Ursache in die Worte zusammenfassen: „Suche das Polen-tum“. Zu Zeiten des Herrn Bischofs Redner bot das Gebet zur „Königin der Krone Polens“ einen Anstoß. Im alten Ritual dagegen, also im vorletzten, sind diejenigen Heiligen als gefährlich — wir wissen nicht von wem — angesehen worden, welche die Polen als ihre Fürsprecher erachten. Wenn die von mir angeführte Ursache zutreffend ist, dann müßte man natürlich schnell ein neues Ritual schaffen und die polnischen Heiligen **Wojciech, Stanislaw, Wacław, Florian, Kazimir, Jacek und Stanislaw Koska** beseitigen, die wohl nicht würdig sein können, daß die Menschen der heutigen Zeit und Kultur Gott durch Vermittlung dieser in der Litanei an alle Heiligen um Hilfe bitten. Das ist ein Backenstreich und eine Beleidigung sowohl für diese großen Heiligen als auch für unsere Nation, daß ihre Aufführung und ihre Anbetung um Hilfe in der Litanei an alle Heiligen mit einem Mal unterbleiben muß. Die Folgen dieses Ärgernis erregenden neumodischen Rituals haben wir im vorigen Jahre gelegentlich der St. Markus-Prozession und der Kreuztage kennen gelernt, wo sich der Organist im Interesse des neuen Rituals die Lunge aus dem Halse geschrien hatte, weil die Leute nach der Reihenfolge ihrer Bücher sangen, die doch auch durch Bischöfe approbiert waren. Das war keine Andacht, sondern gewissermaßen Verspottung des Heiligtums, die ein schmerzliches Lächeln auf den Lippen und Ärgernis hervorrief. Doch was werden unsere Klagen, was wird unser Lamentieren und Geschreibsel nützen? Es wird in den Korb wandern und dann in den Ofen. Und dann wird die Sache ihr Ende erreichen, wenn wir nicht geschlossen und zielbewußt an eine andere Verteidigung dieser unserer **nationalen Heiligtümer** herangehen werden. Man mußte sich an den hl. Vater mit einem Bittgesuch um Beseitigung des Übels wenden.

Aus Nr. 23 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 22. Februar 1910:

Die westpreussischen Centrumsmänner.

Es zeigt sich, daß die Centrumsmänner, die sich nach der Zertrümmerung des Blocks mit den Konservativen verbrüder haben, wie früher mit ihnen und — sogar gegen die Polen Politik machen werden. Noch vor kurzem schrieben wir, daß die Centrumsmänner in den polnischen Landesteilen bei den kommenden Reichs- und Landtagswahlen mit den Polen zusammengehen werden, um mit vereinten Kräften den Lutheranern und Liberalen verschiedene Wahlkreise abzunehmen und dadurch die katholischen Reihen zu stärken. Das konnte man annehmen nach der Versammlung, die die Zentrumspar tei in Königsberg veranstaltet und auf der Abg. Bachem so schön von der gemeinsamen katholischen Brüderschaft der Polen und der Centrumsmänner gesprochen hat. Diese gemeinsame Brüderschaft beginnen die Centrumsmänner, wie es scheint, wieder zu vergessen. Wir wollen darüber jetzt schon nach dem Sprichwort schreiben: „Den Vor-sichtigen behütet Gott“, damit der Pole nicht wieder nach dem Schaden klug wird, wie es gewöhnlich zu sein pflegt.

Beweise dafür, daß die Centrumsmänner mit den Konservativen schon Brüderschaft geschlossen hätten und sich damit von uns entfernten, sind nicht vorhanden, aber die werden wir auch nicht erleben, denn das ist eben die Kunst in der Politik, daß einer nicht die Karten des anderen sieht, sondern daß er sie erraten muß. Seit gewisser Zeit bestreiten die konservativen Blätter sehr eifrig, daß sich die Centrumsmänner mit den Polen verbrüder ten, und das wäre scheinbar ein Beweis dafür, daß die Centrumsmänner von uns nichts wissen wollten. Aber was die Konservativen schreiben, darf man nicht so ernst nehmen, denn sie könnten ja vielleicht absichtlich so schreiben, um unter den Polen Mißtrauen gegenüber dem Zentrum zu säen. Aber auch die Centrumsmänner verraten sich etwas, denn sie gehen offen an die Verdeutschung des polnischen Volkes heran. Jenen „bildungsferajen“ in Kielau haben vor allem sie gegründet. Wenn das nicht der Fall wäre, dann würden sie sich dessen in ihrem Zentrumsblatt nicht rühmen. Über die erste Versammlung jenes deutschen Vereins wird u. a. geschrieben, daß es sich um die Verbreitung der Aufklärung unter dem Volke handle. Mögen sie diese Aufklärung in Koszarny verbreiten, wo sie ihre deutschen Katholiken haben, aber mögen sie sich nicht um das polnische Volk in der Kaschubei und außerhalb der Kaschubei kümmern. Wenn sie es aber tun, so tun sie es nicht, um die Aufklärung zu verbreiten, sondern um unter dem Mantel der Aufklärung das polnische Volk zu ver-deutschen.

Wie wir erfahren, sitzen unter den Vorstandsmitgliedern dieses neuen Bildungsvereins deutsche Katholiken neben Lutheranern, was der beste Beweis dafür ist, wie sich die deutschen Katholiken mit den Lutheranern verbrüder n. In Königsberg haben sie von der Brüderschaft mit dem polnischen Volk gesprochen, aber in Wirklichkeit verbrüder n sie sich mit den Lutheranern, und das polnische Volk wollen sie nur als Treiber benutzen, damit es wie Schafe den deutschen Böcken folge. Eine solche Politik ist nicht anständig. Wenn es die Centrumsmänner aufrichtig mit dem polnischen Volke meinten, dann würden sie es nicht mit Hilfe lutherisch-katholischer Vereine verdeutsch en, sondern dafür sorgen, daß polnisch-katholische Vereine ins Leben gerufen werden und daß die Geistlichen in ihnen arbeiten, wie sie in deutschen Vereinen arbeiten. Das wäre die beste Aufklärung, eine Aufklärung in wirklich katholischem und polnischem

Geiste. Die Herren Centrumsmänner spielen sich jedoch als Polenfreunde auf, sie schimpfen fast in jeder Nummer ihres Blattes auf die Hafatisten, daß sie dem polnischen Volke Unrecht zufügen, und das alles tun sie offenbar nur in der Absicht, um durch diese scheinbare Freundschaft für das polnische Volk es um so schneller zu germanisieren und es später bei den Wahlen an der Leine zu haben.

Wenn sich schon die deutschen Katholiken mit den Lutheranern in irgend welchen deutschen „Bildungsvereinen“ zusammenschließen zur Verdeutschung des polnischen Volkes, und wenn solche Vereine in der Danziger „Westpreußenka“ gelobt anstatt scharf getadelt werden, so ist das der beste Beweis, wohin der Weg der Centrumsmänner führt. Sie werden sich bei den Wahlen mit dem polnischen Volke auf keinem gemeinsamen Wege befinden, davon können wir überzeugt sein. Sie werden weder im Wahlkreis Tuchel-Königs-Schlochau, noch im Wahlkreis Flatow, noch im Wahlkreis Stuhm-Marienwerder die Polen unterstützen, sondern sie werden mit den deutschen Parteien stimmen, wie es bisher der Fall war. Sie werden das polnische Volk nicht unterstützen, und wenn die Centrumskomitees ihnen das sogar heißen sollten.

Es ist besser, das jetzt schon offen auszusprechen, als später, wenn es zu spät ist, zu bedauern, denn das kann wenigstens den guten Erfolg haben, daß wir, anstatt uns auf die künftige Brüderschaft mit den Centrumsmännern zu verlassen, wenigstens an uns eifrig arbeiten werden, um gegebenenfalls ohne Hilfe des Zentrums auskommen zu können.

Das würde den Herren Centrumsmännern so gefallen, daß wir an ihre herzlichen Freundschaftsgefühle für uns glauben und ihnen im Namen dieser Freundschaft auf Papier erlauben „ferajny“ unter dem polnischen Volk zu gründen, um es zu verdeutschern und dann bei den Wahlen und bei der Einführung des Deutschtums in die Kirchen mehr polnische Treiber zu haben. Für eine solche Freundschaft danken wir Euch recht herzlich. Verbrüderet Euch nur mit den Lutheranern, wie Ihr es bisher getan habt, der Weg dazu steht Euch offen, und Ihr werdet sehen, wie weit Ihr damit kommen werdet.

Es ist selbstverständlich, daß wir das Tischtuch zwischen den Centrumsmännern und uns nicht zu zerschneiden gedenken. Bis zu den Wahlen ist noch viel Zeit, so daß die Centrumsmänner noch Gelegenheit haben, zu erwägen, ob sie mit uns oder mit den Lutheranern arbeiten wollen. Wir möchten den Herren Centrumsmännern nur jetzt schon offen erklären, daß wir bei den Wahlen ihr Werkzeug nicht sein werden. Wenn sie auf polnische Hilfe rechnen wollen, dann mögen sie aufhören das Deutschtum auf Schleichwegen zu verbreiten, denn durch solche Kunststückchen beweisen sie nur, daß ihnen am polnischen Volk nichts gelegen ist.

Bei dieser Gelegenheit muß hervorgehoben werden, daß das Organ der westpreussischen Centrumsmänner, das Westpreussische Volksblatt, in den Besitz einer Genossenschaft übergehen wird, die von mehreren einflussreichen Katholiken gegründet worden ist, und wahrscheinlich schon am 1. oder 15. April d. J. An der Spitze dieser Genossenschaft steht der Rektor einer Danziger Schule und der Geistliche Boldt. Diese Herren haben, wie wir erfahren, bisher von den Aktionären Verpflichtungen zur Zeichnung von 170000 Mark, darunter 70000 Mark in bar, gesammelt. Der bisherige Besitzer Herr Boenig tritt als Aktionär mit 15000 Mark und als zukünftiger technischer Direktor in die neue Genossenschaft ein.

Diese Herren haben auch unter der polnischen Intelligenz agitiert. Ob jemand davon dieser Genossenschaft beigetreten ist, wissen wir vorläufig nicht. Wir würden auch niemandem raten, der Genossenschaft beizutreten, und zwar aus dem Grunde, weil die zukünftige Politik dieses Blattes uns Polen gegenüber nicht wohlwollend sein wird. Der beste Beweis hierfür sind die Lehrer und Beamten, die für die Gründung der neuen Genossenschaft auf das Eifrigste agitiert haben und die in der Leitung des neuen Unternehmens den Reigen führen werden. Sie müssen auch schließlich die Freundschaft der lutherischen Parteien und Behörden zu erwerben suchen, damit es den Beamten und anderen abhängigen Personen gestattet wird, das Blatt zu unterstützen, damit die neue Gesellschaft auf ihre Kosten kommt.

Wir fügen noch hinzu, daß eine bedeutende Anzahl reicher Aktionäre aus den westlichen katholischen Provinzen Preußens stammt. So viele würden sich hier zweifellos nicht finden.

Angesichts dieser Änderungen müssen wir Polen mit unserer Politik dem westpreussischen Zentrum gegenüber um so vorsichtiger sein.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 25 des Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 26. Februar 1910:

Die Entzweiung der Katholiken in Oberschlesien.

Schwere Zeiten stehen Oberschlesien bevor. Der jetzige Regierungspräsident in Oppeln, Herr v. Schwirine, will mit Hilfe seines ganzen Stabes von Staatsbeamten, mit Hilfe lutherischer Kommunal- und Gemeindebeamten zwischen den polnischen und deutschen Katholiken den Frieden stören, der bis jetzt noch die Polen mit den Deutschkatholiken verband und verbindet und der dazu beigetragen hat, daß in ganz Oberschlesien kein einziger lutherischer Abgeordneter vorhanden ist, ausgenommen im Wahlkreise Kreuzburg, wo sich der Lutheraner, da er teilweise von den katholischen Stimmen abhängig ist, verpflichten muß, daß er weder im Reichs- noch im Landtage den hl. Glauben bekämpfen und zwischen die polnischen und deutschen Katholiken keine Zwietracht säen wird.

Infolge dieses gegenseitigen Friedens bestand bis jetzt Freundschaft zwischen den einen und anderen. Die deutschen Geistlichen germanisierten mit wenigen Ausnahmen das polnische Volk nicht, um sich die Polen nicht abwendig zu machen und den Frieden nicht zu stören. Bei den Landtagswahlen halfen die einen den andern nach Möglichkeit, um nur zu zeigen, wie stark der katholische Geist in Schlesien sei, und um keinen Lutheraner in den Reichs- und Landtag hineinzulassen.

Diese Eintracht gefällt jedoch dem amtlichen Hafatismus nicht. Wenn auch die Deutschen mit den Polen in Frieden leben wollten, so gestattet es ihnen der böse Nachbar in der Gestalt des amtlichen Hafatismus nicht, um, wie der biblische Feind, durch die Schlesische Zeitung, das Blatt der hohen preussischen Beamten, das Unkraut der Zwietracht zu säen. Von Zeit zu Zeit erscheinen in diesem Blatte Artikel, die das polnische Gespenst in Oberschlesien immer gefährlicher ausmalen. In dem letzten Artikel sagt der Schreiber deselben, nachdem er die Polen geschmäht, daß sie Oberschlesien vom preussischen Staate losreißen wollen, folgendes:

„Wir erwarten also bestimmt entsprechende Projekte, die dem vorwärtsschreitenden Polentum in Oberschlesien ein Ende machen werden.“

Dies ist eine offene Aufwiegelung dazu, daß der Reichskanzler und seine Minister wieder eine polenfeindliche Heze in Gestalt von polenfeindlichen Gesetzen gegen die Polen in Oberschlesien einleiten sollen. Diese Herren wissen sehr gut, daß die Polen mit ihren deutschen Mitbürgern in Frieden leben wollen, daß sie nichts weiter wünschen, als nur die Achtung vor denjenigen Rechten, die ihnen als Polen die preußischen Könige und die Verfassung verbürgt und die sie auf Grund ihrer eigenen Kultur zu beanspruchen haben. Diese deutschen Herren Aufwiegler wissen sehr gut, daß die deutschen mit den polnischen Mitgliedern gleichfalls in Frieden leben wollen. Diese Herren wollen aber diesen Frieden nicht haben, denn es ist ihnen daran gelegen, zwischen die polnischen und deutschen Katholiken unablässig den Keil der Zwietracht zu treiben, damit das Luthertum daraus Gewinn zöge. Zu dieser Aufwiegelung gegen die Polen in der Schles. Ztg. tragen unseres Erachtens manche oberschlesischen Beamten bei. Wir wollen natürlich keineswegs behaupten, daß zu ihnen der Regierungspräsident in Oppeln zählt.

Diese Herren Beamten wollen vor allem alle katholischen Beamten dem Zentrum abspenstig und aus ihnen Aposteln des Deutschtums machen, die überall und bei jeder Gelegenheit für das Deutschtum agitieren und alle anderen Deutschkatholiken, besonders aber die Geistlichen an sich ziehen würden. Auf diese Weise wollen sie eine Garde bilden, die bei den Wahlen, wie in unseren Gegenden, nur für die Lutheraner stimmen würde, um so die Zahl der katholischen Abgeordneten zu vermindern. Gerade durch eine solche Arbeit haben es die Herren Beamten in unserem Westpreußen, obgleich dieses überwiegend katholisch ist, dahin gebracht, daß hier mit wenigen Ausnahmen fast nur lutherische Abgeordnete durchkommen. Um diese ihre Arbeit erfolgreicher zu gestalten, appellieren sie regelmäßig an den Kaiser und Reichskanzler, womit sie sagen wollen, daß der Kaiser und Reichskanzler eine solche polenfeindliche Agitation wünschen.

Neben der politischen Agitation fordern diese Herren die wirtschaftliche Knebelung der Polen, und zwar die Gründung deutscher Genossenschaften, deutscher Volksbanken, verschiedener Lehranstalten, landwirtschaftlicher Genossenschaften usw., um den Polen den Ankauf von Grund und Boden, die Gründung kaufmännischer Geschäfte usw. zu erschweren.

Unseres Erachtens wäre es das Beste, wenn wir uns mit der hakatistischen Hezarbeit, soweit es möglich ist, gar nicht befassen würden. Diese Herren warten nämlich nur auf jeden solchen polnischen Artikel, um den Spieß umzukehren und neues Eisen in der hakatistischen Werkstatt zu schmieden. Man erlaube diesen Herren, gegen die Polen zu klaffen, um ihnen dann beweisen zu können, daß nur sie die elenden Hezer sind, die den Frieden der Bürger unaufhörlich unterwühlen und so die deutsche Regierung und Nation unablässig aufwiegeln.

Bülow verblutete vor allem an seiner polenfeindlichen Politik, ebenso kann es Herrn von Bethmann-Hollweg ergehen, nur kann ihm dies eher zustoßen, weil er nicht die Durchtriebenheit seines Vorgängers besitzt.

Aus Nr. 50 des Górnolazak (Kattowitz)
vom 3. März 1910:

Preussische Gleichberechtigung.

An einen in der Germania veröffentlichten Artikel, in welchem die angebliche Zurücksetzung der Katholiken unter König Friedrich Wilhelm III. kritisiert wird, knüpfen die Rapieralski-Blätter folgenden Kommentar:

Was in der Germania geschrieben worden ist, entspricht ganz der Wahrheit, denn dies ist eine geschichtlich bewiesene Tatsache. Es ist auch allgemein bekannt, daß das protestantische preußische Regime die Katholiken immer verdrängte, wo es konnte.

Wenn sich die Deutschkatholiken über diesen Mangel an Gleichberechtigung beklagen, was sollen da erst wir Polen sagen? Von einem polnischen Beamten in höherer Stellung ist heute keine Rede mehr, denn die Hakatisten würden sofort ein Geschrei erheben, daß der preußische Staat zugrunde gehe, und die hakatistischen Abgeordneten würden im Landtage zweifellos die Regierung interpellieren, was sie zu tun gedente, um den Untergang des preußischen Staates zu verhüten. Ein Pole im Amte — ist heute höchstens nur noch der Nachtwächter oder ein Mensch, der eine untergeordnete Beamtenstellung einnimmt. Auch dieser aber muß auf der Hut sein, und laut darf er seine polnische Überzeugung nicht bekunden, denn der kämpfende Hakatismus würde wieder ein Geschrei erheben.

Ist es doch im preußischen Staate schon so weit gekommen, daß im Landtage verschiedene Abgeordnete öffentlich gebrandmarkt haben, daß polnische Lehrer beobachtet werden, ob sie zu Hause mit ihrer Frau und ihren Kindern polnisch sprachen.

Ehrliche und gerechte Deutsche haben dies gebrandmarkt, aber der kämpfende Hakatismus sagte, so müsse es sein, sonst könnte auch der polnische Lehrer, der mit seiner Frau und seinen Kindern polnisch spricht, das preußische Königreich zertrümmern. Die Minister nun erachteten die hakatistischen Auslassungen für klug und treffend und wiesen auf das Gespenst der „polnischen Agitation“ hin.

Der Mangel an Gleichberechtigung tritt bei uns fast überall und fast auf Schritt und Tritt in die Erscheinung. Aus den Schulen, Gerichten und Behörden ist die polnische Sprache verdrängt, unsere Vereine und Verbände haben oft mit der Polizei schwere Kämpfe zu bestehen, polnische Versammlungen sind uns unmöglich gemacht oder beschränkt worden. Die Ansiedelungskommission kauft polnisches Land auf, fördert dadurch die Germanisierung und Protestantisierung, denn auf dem erworbenen Grund und Boden siedelt sie Deutsche und Protestanten an, während der polnische Arbeiter mit Frau und Familie seinen Brot-erwerb in der Mitte Deutschlands suchen muß; das Ansiedelungs-gesetz zwingt die Menschen in Zigeunerwagen zu wohnen, denn der Pole darf auf dem erworbenen eigenen Stück Land kein Haus bauen, die Enteignung schwebt über unseren Häuptern, wie ein Damoklesschwert, und die Hakatisten können den Zeitpunkt nicht erwarten, wo der erste Pole von seiner eigenen Scholle vertrieben und mit Frau und Kindern des Daches über seinem Haupte beraubt werden wird.

So sieht die Gleichberechtigung im preußischen Staate aus. Und alles geschieht im Interesse dessen, daß die Grenzen der preußischen Monarchie vor der „gefährlichen polnischen Hochflut“ gesichert würden.

Wenn sich die deutschen Katholiken über Mangel an Gleichberechtigung beklagen, so haben sie vollkommen recht, denn in einem solchen Staate, wie Preußen, wurde und wird das katholische Element verdrängt. Aber wir Polen haben hundertmal mehr Gründe zu klagen, denn bei uns handelt es sich um eine Germanisierung und Protestantisierung.

In den Gehirnkästen verschiedener Polenfreßer aber, denen die bisherigen Ausnahmegesetze noch nicht genügen, entstehen jeden Augenblick neue Pläne, die oft an Wahnsinn grenzen, denn sie gehen darauf hinaus, die Polen in einem hakatistischen polenfeindlichen Ofen lebendig zu verbrennen.

Wie umfangreich der Ofen sein und wie er überhaupt aussehen soll, vermochten sie bis jetzt nicht zu bestimmen, aber ein solcher Plan ist in den hafatistischen polenfreierischen Gehirnkästen schon im Entstehen begriffen.

Aus Nr. 45 des Górnóslazak (Kattowitz)
vom 25. Februar 1910:

Betrifft die freie Arztwahl.

Die oberschlesischen Hütten- und Grubenbesitzer haben in ihrer Petition zwei Punkte hervor, und zwar 1. die Sorge für das Leben und die Gesundheit des Arbeiters, 2. die Abwehr gegen die polnische Agitation.

Seit wann sind denn die Herren Arbeitgeber um das Leben und die Gesundheit der Arbeiter so besorgt? Bis jetzt hörte man nichts von dieser „Besorgnis“. Die Sache verhielt sich vielmehr umgekehrt, d. h. die Arbeiter erhoben verschiedene Klagen und Beschwerden über Mängel, Unzulänglichkeiten, Unordnungen in den Gruben und Hütten, über die schwere und lange Arbeit in dumpfiger Luft, und obgleich sich bei gutem Willen im Interesse der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter manches beseitigen und verbessern ließe, so stehen dem allen die Herren Arbeitgeber zum größten Teile gleichgültig gegenüber.

Wenn ihnen an der Gesundheit und dem Leben der Arbeiter etwas gelegen ist, so mögen sie ihnen vor allem die Löhne erhöhen und für die Beseitigung alles dessen sorgen, worüber sich der Arbeiter, sei es in den polnischen Zeitungen, sei es in den Arbeiterversammlungen beklagt. Wenn jemand einen schlechten Verdienst hat und dabei schwer und lange in dumpfiger Luft arbeiten muß, so trägt dies zweifellos zu seiner Gesundheit und zu seinem Leben nicht bei.

Die freie Arztwahl aber mögen die Herren Arbeitgeber den Arbeitern überlassen, und mögen sie erlauben, daß jeder zu demjenigen Arzte gehe, zu dem er das größte Vertrauen hat.

Wir glauben auch nicht, daß sich bei der freien Arztwahl die Kosten so ungeheuer erhöhen sollten. Und wenn sie sich erhöhen sollten, so zahlen doch die Arbeiter ihre Beiträge an die Kassen und Knappschaften. Wenn es sich um das Leben und die Gesundheit eines Menschen handelt, so darf man keine Kosten sparen; denn Leben und Gesundheit sind mehr wert als Kosten. Was bedeutet ein Mensch, der keine Gesundheit hat?

Die Rücksichten auf Leben und Gesundheit sprechen also eher für eine freie Arztwahl, nicht aber für die obligatorische Wahl, wie die Herren Arbeitgeber schreiben. Der obligatorische Arzt ist immer nur ein obligatorischer Arzt, der freie Arzt aber ein freier Arzt. Das ist ein so klarer und in die Augen springender Unterschied, daß man ihn nicht näher darzulegen braucht.

Sie fürchten, daß die Kranken zu polnischen Ärzten gehen werden. Jeder wird zu demjenigen Arzt gehen, zu dem er Vertrauen hat. So ist es überall. In den höheren, wie in den mittleren Schichten wendet man sich an den Arzt, zu dem man Vertrauen hat. Warum soll nur der Arbeiter von dieser oft durch menschliche Rücksichten begründeten Regel ausgenommen sein?

Die Angst vor der großpolnischen Agitation hat sie zur Entsendung der Petition veranlaßt. Einen unparteiischen und gerecht denkenden Menschen kann dieser Beweggrund nicht überzeugen. Über die großpolnische Agitation ist schon soviel geschrieben und gezetert worden, und dennoch ist der preussische Staat nicht in Trümmer gesunken. Und wenn die freie

Arztwahl da sein wird, so wird der preussische Staat sicher auch nicht in die Brüche gehen.

Aus der ganzen Petition der Herren Arbeitgeber läßt sich nur Übelwollen und Abneigung gegen die Arbeiter erkennen. Wenn ihnen an der Gesundheit und dem Leben der Arbeiter soviel gelegen wäre, würden sie eine solche Petition sicherlich nicht entsenden.

Was aber das betrifft, daß sie am Schluß von deutschem Geist, von deutschem Kapital und deutscher Arbeit im Industriebezirk geschrieben, so vergaßen sie oder wollten sie vergessen, daß gerade die Arbeit und die Knochen des polnischen Arbeiters zur Hebung der oberschlesischen Industrie beigetragen haben. Soll denn dieser Arbeiter für diese Arbeit und für die Abnutzung seiner Knochen des Rechts der freien Arztwahl beraubt sein, des Rechts, welches allen anderen zuerkannt wird?

Wo bleiben hier die menschlichen Rücksichten? Wo die christlichen Grundsätze?

Und in Anbetracht alles dessen betonen die Herren Arbeitgeber die Sorge für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter!

Aus Nr. 47 des Kurjer Slaski (Kattowitz)
vom 27. Februar 1910.

An die polnischen Bergleute in Oberschlesien.

Bochum, den 22. Februar 1910.

Wie euch schon bekannt sein wird, haben die hiesigen Kohlenbarone Bureaus für Arbeitsnachweise eröffnet, und es wird nicht lange dauern, daß das System solcher Bureaus auch in Oberschlesien eingeführt werden wird.

Wenn die Bergleute imstande sein werden, diese Bureaus zu ertragen, werden die Kapitalisten durch sie zu einer solchen Macht gelangen, daß hier Zeiten noch nicht dagewesener Bedrückung eintreten werden, was sich auch euch Brüdern in Oberschlesien fühlbar machen wird.

Augenblicklich fürchten sie noch, von der ganzen Macht dieser Bureaus Gebrauch zu machen, und doch hört man schon von großen Mißbräuchen. So versuchen sie nur Einzelne zu ihren Zwecken zu verwenden, die sie später auf die Allgemeinheit ausdehnen werden.

Schon auf vielen Gruben, wie in Nesse auf der Grube Eduard III/IV, auf der Konstantinengrube in Herne, hat man einzelne Bergleute, die in der Mitte des Monats die Arbeit gekündigt haben, sofort entlassen, um sie als Vertragsbrüchige in die Bureaus zu schicken, und diese verurteilten sie zu 14-tägigem Hunger. In Nesse übergab man einem Bergmann, als er die Arbeit kündigte, sofort die Papiere und überdies zog man ihm noch den Lohn für sechs Tagsschichten ab. Diese Bureaus betrachten solche Leute, welche von den Gruben sofort hinausgeworfen werden, als Vertragsbrüchige, obgleich in Wirklichkeit die Grube den Vertrag gebrochen hat.

Kräftigere Leute auszuwählen, wird Grundsatz dieser Herren sein, während sie die Schwächeren auf weitere Bitten hin dem Bureau zuweisen werden. Das sind die Blüten in den Anfängen, was aber noch kommen kann, ist für uns ein Geheimnis.

Landsleute! Da wir wissen, was uns bevorsteht, warnen wir euch: Seid schon jetzt gerüstet und seht der Sache nicht gleichgültig zu. Dieses Übel wird sich, wenn die hiesigen Bergleute nicht imstande sein werden, es zu beseitigen, mit Leichtigkeit nach Oberschlesien und ganz Deutschland übertragen.

Wenn ihr unter euren heutigen Verhältnissen noch von den Arbeitsnachweissbureaus abhängig sein werdet, wird bei euch in Oberschlesien ein Tal der Zähren und des Elends sein.

Darum fordern wir euch auf, die großen Massen der Bergleute in Oberschlesien wachzurufen, auf daß sie in die Reihen der Bergarbeiter-Abteilung der Polnischen Berufsvereinigung eintreten, die nach ihrer Verschmelzung mit Oberschlesien jedem polnischen Bergmann imponieren müßte.

Hier in der Fremde schicken sich eure Brüder zum Kampfe an.

Sie wollen von euch keine materielle Hilfe haben, denn sie wissen, daß die Verhältnisse bei euch noch kläglich sind, aber sie bitten und warnen euch: denkt selbst an euch, denn das Los der polnischen Bergleute in der Fremde muß euer Los sein und umgekehrt. Schüttet selbst die Wälle um euch auf; schließt euch wie ein Mann in der Organisation zusammen, und wenn es euch auch schwer fällt, etwas beiseite zu legen, so seid des Loses eingedenk, welches allen Bergleuten insgesamt bevorsteht, und sammelt Lebensmittelvorräte, denn die Zeit vergeht schnell. Die am Geiste Stärkeren mögen keine amtlichen und nichtamtlichen Schikanen fürchten, sondern alle Triebfedern in Bewegung setzen, um die noch schlafenden Bergleute zu erwecken.

Geht, Brüder, von Haus zu Haus und erzählt euren Mitbrüdern und Kollegen von dieser großen, entsetzlichen Bedrückung, die unserer wartet, und den abseits stehenden Brüdern redet zu, sich in der Polnischen Berufsvereinigung zusammenzuschließen.

Glück auf!

Der Vorstand der Bergarbeiterabteilung
der Polnischen Berufsvereinigung.

Aus Nr. 14 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 24. Februar 1910:

Aufruf.

Den geehrten Wählern von Zaborze teilen wir mit, daß in kurzer Zeit in Zaborze Gemeindewahlen stattfinden werden.

In der dritten Abteilung werden zwei Gemeindevertreter gewählt. Die Gemeinde Zaborze hat mehr als 80 % rein polnische Bevölkerung. Wenn irgendwo, so sollte hier unsere polnische Bevölkerung den Sieg davontragen, und sie muß ihn davontragen, wenn jeder polnische Bürger seine polnische Bürgerpflicht erfüllt.

Heut bitten und fordern wir alle Wähler auf, Beiträge zu Wahlzwecken zu sammeln und sie zu Händen des Herrn Karl Piecha, Zabrze A, Kronprinzenstr. 64a, abzuliefern.

Das Wahlkomitee wird dafür sorgen, daß als Kandidaten solche Männer aufgestellt werden, welche die Interessen der Arbeiter und der Polen dreist und mutig verteidigen werden.

Wem also daran gelegen ist, daß in der Gemeindevertretung Männer wären, die unsere Not kennen und uns dreist verteidigen werden, möge schon heut tätig sein, am Tage der Wahl seine Stimme unseren Kandidaten geben, seine Bekannten und Freunde wachrufen und dazu bewegen, daß sie ebenso handeln. Wenn wir keinen Mut haben werden, sind wir des Sieges nicht würdig.

Das Wahlkomitee für den Kreis Zabrze.

Dr. Hager, Vorsitzender. A. Janowski, Zahnarzt. St. Kobylinski, Rechtsanwalt. J. Meyza, Kaufmann. K. Piecha, Bankkassierer. A. Sieron aus Ruda, Schlossermeister.

Aus Nr. 49 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 2. März 1910:

Gemeindewahlen in Orzegow, Kreis Bentzen.

Brüder Arbeiter und Bürger! Eine kurze Zeit trennt uns von den Gemeindewahlen, die am 8. März stattfinden werden, und wir haben noch nicht daran gedacht, was zu tun sei oder wie wir an die Wahlen herangehen sollen. Brüder Landsleute, geht es denn in unserer Gemeinde am besten zu? Hier ließe sich vieles verbessern. Ist euch denn nicht bekannt, wozu eure Steuern manchmal verwendet werden? Habt ihr schon die Gemeindeausgaben für die Feier des „gosaferajnu“ oder für Zeppelin usw. vergessen? In der dritten Abteilung scheidet hier Paul Schliwa aus, und unser Kandidat, den wir uns wünschen, soll Herr Johann Matura werden. In der I. und II. Abteilung scheidet die Herren Julius Gryśka und Maschinenmeister Krawczyk aus. Brüder Landsleute, überlegt euch dies gut! Wir polnischen Bürger haben die heilige Pflicht, bei den Gemeindewahlen nur unsere Brüder zu wählen und nicht andere, die nicht unseres Sinnes sind. Wenn wir bei diesen Wahlen vorsichtig und verständig vorgehen werden, können wir etwas erreichen. In der ersten Abteilung werden wir sowieso durchfallen, aber in der zweiten Abteilung können wir siegen; hier müßten wir den Kandidaten Herrn Adam Gullof durchbringen. Das können wir fertig bringen, aber wir müssen in jedem Fall unsere Pflicht tun, damit die Gegner nicht sagen, daß wir nichts tun, obgleich wir unsere Kandidaten durchbringen könnten, weil wir zwei Drittel der Bevölkerung in der Gemeinde ausmachen. Aber wir müssen, Brüder, agitieren, und mit Gott werden wir alles zu Wege bringen. Hoch die Herzen also! Das ist unsere Lösung! Vorwärts zur Agitation! Zeigen wir, daß wir aufgeklärt sind!

Das Komitee.

Aus Nr. 45 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 25. Februar 1910:

Aus Zabrze.

Wir machen hiermit bekannt, daß wir am 6. März Lehrkurse nach dem Gymnasialsystem in zwei Ortschaften beginnen. Die Lehrstunden finden Dienstag, Donnerstag und Freitag abends statt. Zum Zwecke der Ausbreitung der Aufklärung beträgt das monatliche Honorar nur 50 Pf., es ist mithin für jeden erschwingbar. Volksbücherei in Zabrze-Nord, Teichstraße 12 bei Herrn Krawiec und Filiale der Volksbücherei in Grabowiec bei Rybnik bei Herrn Johann Dziuba II. Nähere Auskunft ebendasselbst.

Aus Nr. 45 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 2. März 1910:

Der Katolik-Redakteur Dombek

hat die Generalagentur der Posener Lebensversicherung „Vesta“ anstelle des Herrn Wladislaus Rajewski übernommen. Herr Dombek soll auch aus der Redaktion des Katolik ausscheiden, und er wird dort nur kurze Zeit als einer der Genossenschaftsleiter verbleiben, was umso wahrscheinlicher ist, als die Vesta im eigenen Interesse die Generalagentur einem mit Politik sich befassenden Manne nicht übertragen würde, denn dies würde der Gesellschaft unbedingt zum Schaden gereichen.

Aus Nr. 24 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 24. Februar 1910:

Aus dem Hafatistenlager.

Verflorenen Freitag fand hier eine Versammlung der Ortsgruppe der Hafatisten statt, in welcher Professor Höfisch aus Posen einen Vortrag hielt. Wir sind schon gewöhnt an solche Ausritte deutscher Gelehrten, die, anstatt ihrem erhabenen Berufe nachzugehen und die Jugend zu tüchtigen Bürgern heranzubilden, lieber Haß und Zwietracht säen wollen.

Die Ausführungen des Herrn Professors waren so erbärmlich, daß es nicht lohnt, sich über sie auszulassen. Er erzählte wunderliche Dinge von den Wohltaten der preußischen Kultur, ging dann zur oberschlesischen Frage über, wobei natürlich die polnischen oberschlesischen Blätter eins abbekamen, die er die wildesten unter allen Zeitungen nannte. Er forderte auch eine scharfe und unablässige Kontrolle dieser Blätter. Von unserer Seite erlauben wir uns den Herrn Kultusminister zu fragen, ob Professoren, die aus der Staatskasse besoldet werden, in welche auch die polnischen Bürger Steuern zahlen, ein Recht haben, solche Agitationsreisen zu unternehmen? Unseres Erachtens wäre die Kontrolle der preußischen Professoren nötiger, als die der polnischen Zeitungen, die von den preußischen Behörden schon mehr als zu viel kontrolliert werden.

Aus Nr. 48 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 1. März 1910:

Elternabend und Polen.

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die hafatistische Schlesische Zeitung in letzter Zeit mehrere Artikel, in denen sie Krokodilstränen vergießt über die Undankbarkeit der Polen, welche jene Elternabend meiden, die sie eher als eine Wohltat ansehen sollten. Das hafatistische Organ konnte sich dabei die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die oberschlesische polnische Presse anzupapfen, die eine entschiedene Gegnerin dessen ist, daß die Polen von diesen Wohltaten Gebrauch machen. In einer der letzten Nummern der Schles. Ztg. (Nr. 127) beklagt sich ein hafatistischer Korrespondent aus Brzezinka, Hr. Glewitz, darüber, daß in Brzezinka das „polnische Element“ immer mehr überhand nähme, wobei er den Ortspfarrer Winkler anzapft und ihm vorwirft, daß er sich um die Befestigung der Grundlagen des deutschen Vaterlandes in Brzezinka zu wenig kümmere. Herr Pfarrer Winkler richtete nun als Antwort auf die Vorwürfe des Korrespondenten an die Schles. Ztg. eine Art Berichtigung. Ohne Zweifel hat auch Pfarrer Winkler in den Augen der Breslauer protestantischen Hafatisten wieder Gnade gefunden, denn die Ausführungen des Pfarrers Winkler sind der Art, daß sie jeden Hafatisten befriedigen werden. Pfarrer Winkler entschuldigt sich; es sei unwahr, was der Korrespondent geschrieben habe, daß er anlässlich des Kaisergeburtstages die Andacht auf Bestellung abgehalten habe, und er behauptet, er habe diese Andacht abgehalten, ohne daß sie von jemandem bestellt worden sei, er habe sogar selbst den „krzygiererajn“ zur Teilnahme an dieser Andacht veranstaltet. Um die Vorwürfe des Korrespondenten endgültig zu widerlegen, erinnert ihn Pfarrer Winkler daran, daß die Polen, als er für die Pfarrei in Brzezinka designiert worden sei, versucht hätten, dies zu verhindern. — Durch diesen letzten Satz wird sich Herr Pfarrer Winkler die Gunst der Hafatisten sicher

erwerben, denn dieser Satz zeigt klar, daß der deutsche Patriotismus des Pfarrers Winkler und seine germanisierenden Bestrebungen schon damals der Art waren, daß ihm die Polen abgeneigt waren. Mit dieser Versicherung werden die Hafatisten wohl zufrieden sein, aber eine andere Frage ist es, ob seine Parochianen darüber erfreut sein werden, an deren Liebe und Achtung dem Herrn Pfarrer mehr gelegen sein müßte, als an der Gunst der Hafatisten.

Aus Nr. 48 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 1. März 1910:

Aus Oberglogau.

So oft ich ein polnisches Blatt zu lesen bekomme, prüfe ich genau, ob ich irgendeine Korrespondenz aus unserer Stadt Oberglogau finden werde, aber eher würde ich einen weißen Raben erblicken, als eine Nachricht oder Neuigkeit aus unserem Ort. Oft lese ich in unseren Zeitungen aus verschiedenen Gegenden Schlesiens und des Großherzogtums Posen Klagen über Germanisierung, Renegaten, Hafatisten, über unsere Gleichgültigkeit in polnisch-nationalen Angelegenheiten usw. Und wenn ich dies lese, muß ich dreist sagen: Es geht doch in unserem Oberglogau fast ganz ebenso zu, wie in diesen anderen Gegenden, aber in manchen Angelegenheiten übertrifft unser Oberglogau noch andere Ortschaften um viele Prozent! Aber niemand schreibt etwas darüber in unseren Zeitungen. Von den hiesigen Bürgern höre ich so viele Klagen, daß alle Spalten unserer Zeitung nicht ausreichen würden, um sie auch nur einigermaßen unterzubringen. Heute will ich mich darüber nicht ausführlich aussprechen, ich werde es aber vielleicht später tun. Heute muß ich etwas von unseren Müttern und Vätern, den Eltern unserer Kinder, die in kurzer Zeit zur hl. Beichte und hl. Kommunion gehen sollen, zur Sprache bringen. Ich würde vielleicht keine Sünde begehen, wenn ich manche Mutter oder manchen Vater oder Vormund fragen würde, ob sie wissen, was Beichte und hl. Kommunion bedeuten? Wir wissen sehr gut, daß die preußischen Schulen unsere Kinder nicht genügend darüber aufklären, auch der Geistliche kann es manchmal nicht tun, weil die Zeit zu kurz ist. Manche Eltern wissen auch nicht, wie sie es mit dem Lesenunterricht anfangen sollen, und andere wieder sehen und hören es gern, wenn unsere Kinder deutsch sprechen. Ich weiß sehr gut, daß wir viele Mütter und Väter haben, die eine sehr schwache Vorstellung von der hl. Kommunion haben.

Warum haben sie aber keine bessere Vorstellung? Weil sie das ganze liebe Jahr keine Bücher lesen. — Viele Mütter sind ganz ratlos, denn schon manche klagte mir, sie wisse nicht, wie sie die Kinder lesen lehren soll. Gibt es denn keine polnische Bibel? Darauf antworte ich euch, daß es in Beuthen neue und sehr billige Bibeln gibt, denn schon für 20 Pf. kann man eine erstehen. Bezieht aus irgend einer polnischen Buchhandlung eine Bibel, setzt euch zur Winterzeit mit euren Kindern täglich an den Tisch, lehrt sie polnisch lesen und schreiben, lest selbst und laßt eure Kinder aus dem Katechismus vorlesen, und das übrige erzählt und erklärt ihnen. Auch unsere polnische Geschichte muß den Kindern erläutert werden, denn sie sind in ihr sehr wenig bewandert. Gibt es doch Bücher, die man lesen kann und muß, um genügende Geschichtskenntnisse zu besitzen, z. B. Koneczny's „Geschichte Schlesiens“, „Die Geschichte Polens“ usw. Unlängst

sagte mir eine Frau, daß unsere Landsleute in Oberglogau nicht so korrekt polnisch sprächen, wie in „Rußland“; sie sei zu einem Ablassfeste in Gzenstochau gewesen, und sie habe gehört, daß dort die Leute sehr schön polnisch sprächen. Bei dieser Frau liegt also Gzenstochau in „Rußland“ und Posen in „Deutschland“!! — Unlängst sprach hier einer unserer hochwürdigen Geistlichen von der Kanzler sehr richtig, daß die Mütter und Väter ihre Kinder lesen lehren sollten, denn dies sei für den Beicht- und Kommunionunterricht notwendig. Sie sollten sich nicht auf den Geistlichen verlassen, daß er die Kinder polnisch lesen und schreiben lehren werde, dazu sei der Geistliche nicht da, denn er habe keine Zeit dazu. Ich frage, ob manche Mutter nicht errötete, als sie diese Worte des Geistlichen vernahm? O, hier sündigen die Mütter noch in anderer Weise, denn sie schicken ihre Kinder in den deutschen Beichtunterricht, und an Sonn- und Feiertagen schicken sie ihre Kinder in die Klosterkirche zur deutschen Predigt. Dort verstehen sie nichts von der Predigt, aber das ist „fajn“, denn es ist deutsch! Die Pfarrkirche aber ist während der polnischen Predigten manchmal ganz leer.
Eine Oberglogauerin.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 43 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 23. Februar 1910:

Der Abgeordnete von Jazdzewski

hat es gestern für angebracht gehalten, den sozialistischen Abgeordneten dafür eine Rüge zu erteilen, weil sie Herrn v. Bethmann Hollweg im Landtage anlässlich der Einbringung der sogenannten Wahlreform nicht allzu gnädig und artig empfangen hatten. Der Abgeordnete sprach davon, daß alle Parteien das einschlägige Verhalten der Sozialisten verurteilten.

Wir meinen, daß es nicht Aufgabe eines polnischen Abgeordneten ist, deutsche Abgeordnete darüber zu belehren, wie sie sich ihren Ministern gegenüber zu verhalten haben. Was haben wir uns da hineinzumischen, wie die betreffende deutsche Partei die Minister behandelt, in diesem Falle noch dazu einen Minister, welcher eine so schwere antipolnische Sünde wie den Maulkorbparagraphen auf dem Gewissen hat und welcher die Politik der brutalen Faust gegenüber den Polen als sein leitendes politisches Programm verkündet hat.

Aus Nr. 42 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 22. Februar 1910:

In einer in Hagen abgehaltenen polnischen Versammlung ist hinsichtlich des Wahlreformprojekts folgende Resolution angenommen worden:

„Die am 20. Februar in der Versammlung zu Hagen versammelten Polen protestieren gegen das von der preussischen Regierung vorgelegte, unerhörte Wahlreformprojekt. Dieses Projekt ist eine Verhöhnung der Gerechtigkeitsgrundsätze und ist denselben Gründen entsprungen wie die antipolnische Politik. Dieses Projekt kennzeichnet dasselbe als ein auf Bedrückung und Be-

raubung der Rechte der schwächeren Bürger gerichtetes Bestreben, wie es sich in der antipolnischen Politik in grellster Weise offenbart. Deshalb müßten die deutschen Bürger, welche gegen das preussische Wahlreformprojekt protestieren, auch gleichzeitig gegen die preussische antipolnische Politik protestieren, die Gewalt, Übermacht und Ausbeutung der Schwächeren in die Grundsätze der innerpreussischen Politik hineingetragen hat.

Wir Polen fordern Gerechtigkeit in der ganzen inneren Politik Preußens, und deshalb fordern wir ein gleiches, geheimes, unmittelbares und allgemeines Wahlrecht!“

Aus Nr. 48 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 1. März 1910:

Aus dem Lager der polnisch-sozialdemokratischen Partei.

Ein Zeichen dafür, daß die Sozialdemokraten bei den Posener Reichstagswahlen eine Agitation in großem Maßstabe betreiben wollen, ist die Tatsache, daß in der letzten Versammlung der polnischen Sozialisten vom 10. d. M. ein an den Hauptvorstand gerichteter Antrag angenommen wurde, den Parteitag, der in der Zeit der Wahlen stattfinden sollte, bis zu Pfingsten zu vertagen, um die Vorstandsmitglieder nicht von der „Arbeit“ loszureißen. Die Versammlung beschloß auch, jenem Parteitage die nachstehenden Anträge vorzulegen:

1. In Posen einen ständigen Arbeiter für die Parteiinteressen in der Person wenigstens eines Redakteurs anzustellen,
2. daß der Vorstand der Polnisch-sozialistischen Partei in der Gazeta Robotnicza und in den deutschen Parteiblättern einmal im Vierteljahre veröffentlichen solle, wo sich sozialdemokratische Vereine befinden und welche,
3. ein polnisches illustriertes Blatt zum Preise von 10 Pfennigen pro Exemplar am 1. Mai jeden Jahres herauszugeben,
4. den künftigen Parteitag im Posenschen abzuhalten,
5. die Gazeta Robotnicza in ein täglich erscheinendes Blatt unter dem Titel Dziennik Ludowy umzuwandeln.

Der Vorsitzende forderte sodann die Genossen zu energischer Agitation bei den Wahlen am 8. April auf. Die Versammlung ermächtigte den Vorstand, Bebel zu seinem 70. Geburtstage Glück zu wünschen.

Am gestrigen Tage fand eine Versammlung polnischer Sozialdemokraten in Głowno im Muth'schen Lokale, Rudewiger Straße, statt. Es wurde gleichfalls die Angelegenheit der Wahlen besprochen und die Gründung eines besonderen Vereins für diesen Vorort vorgeschlagen. Der Antrag wurde angenommen. Die polnisch-sozialistische Partei zählt offenbar in Posen nicht viel Mitglieder, da zu der Versammlung in der vorigen Woche nur 28 Personen erschienen waren und die gestrige Beteiligung noch geringer gewesen ist.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 74 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 16. Februar 1910:

Die polnische Fraktion gegen die Wahlreformvorlage. — Die Rede des Abgeordneten Korfanty. — Die Posener Abgeordneten kandidatur. — Die Chopinfeier. — Der verstorbene Pfarrer Gapezynski.

Im Namen der polnischen Fraktion sprach im preussischen Landtage gegen die berühmte Wahlreformvorlage der Abgeordnete Korfanty. Er wies unter anderem darauf hin, daß früher sogar die preussischen Konservativen die geheime Stimmenabgabe auch bei den Landtagswahlen verlangt hätten; wenn sie also heute für das Bethmann Hollwegsche Projekt, das die Öffentlichkeit der Wahlen nicht nur beibehält, sondern sie auch als das beste Ergebnis politischer Weisheit rühmt, eintreten, so beweise dies, wie sehr sie in der reaktionären Richtung zurückgingen. So stelle sich der berühmte „Fortschritt“ in Preußen dar! Was die polnische Bevölkerung anbelange — behauptete der Redner — so verlange sie auch bei der Landtagswahl das gleiche Wahlsystem, wie es bei der Reichstagswahl bindend sei; sie würde denn auch energisch alle Bemühungen unterstützen, die darauf abzielten, sich ein derartiges Wahlrecht zu erkämpfen.

Die Rede des Abgeordneten Korfanty wurde von den Oppositionsparteien mit großem Beifall aufgenommen. Die Tatsache, daß gerade ihm der Auftrag zuteil wurde, die Meinung der polnischen Fraktion über diese Angelegenheit zum Ausdruck zu bringen, berechtigt zu der Annahme, daß die Gruppe der Versöhnler in der Fraktion sich durch die letzten bitteren Täuschungen bedrückt fühlt. Die preussische Regierung reagierte in nichts auf deren loyale Kundgebungen und jetzt nahm sie bei der Wahlreformvorlage eine derartige Stellung ein, daß sogar der eifrigste polnische Versöhnler sich nicht zu dem Mute emporschwingen würde, sich — angesichts der echt demokratischen Gesinnung der ganzen polnischen Gesellschaft im preussischen Anteil — auf ihre Seite zu stellen.

Die Frage, betreffend die Nachfolge des Abgeordneten Bernhard v. Chrzanowski, der bekanntlich das Reichstagsmandat niedergelegt hat, ist noch nicht entschieden. Einige polnische Blätter haben jetzt den Vorschlag gemacht, dieses polnische Mandat dem bekannten und hervorragenden Posener Rechtsanwalt und Vorsitzenden der polnischen Fraktion im Posener Stadtverordneten-Kollegium, Adalbert Trompeczynski zu übertragen. Mit Rücksicht auf die ungewöhnlichen Fähigkeiten des Kandidaten, auf seinen reinen und festen Charakter sowie seine gesunden national-politischen Grundsätze könnte man diese Kandidatur mit aufrichtiger Befriedigung begrüßen, wenn nicht die Möglichkeit vorläge, daß man sie von konservativer Seite lediglich zu dem Zwecke aufstellte, um der Aufstellung einer Arbeiterkandidatur vorzubeugen. Eins der Posener Blätter drückt schon heute die Vermutung aus, gibt aber gleichzeitig der Hoffnung Raum, daß der Rechtsanwalt Trompeczynski sich niemals als Werkzeug benutzen lassen werde, um die zahlreichste Bevölkerungszweig zu benachteiligen und einen gesellschaftlichen Zwiespalt hervorzurufen. Hervorgehoben muß hier werden, daß er schon wiederholt ein Abgeordnetenmandat erhalten konnte, sich aber bis jetzt niemals um diese Würde beworben hat. Er wird sie sicherlich auch diesmal nur in dem Falle annehmen, wenn sie ihm

nicht von einer Parteigruppe, sondern von der Gesamtheit der Wähler angetragen wird.

Die Wahl des Kandidaten in diesem Wahlbezirk ist insofern schwierig, weil gleichzeitig mit der Stadt Posen auch die beiden Posener Landkreise Posen-Ost und -West einen Abgeordneten wählen, infolgedessen es dort oftmals zu Reibungen zwischen den städtischen und ländlichen Interessen kommt.

Mit vollster Einmütigkeit dagegen bereitet sich die großpolnische Gesellschaft gegenwärtig zu der hundertjährigen Geburtstagsfeier Friedrich Chopins vor. Das zu diesem Zwecke gebildete Festkomitee hat bereits ein umfangreiches Programm für diese Feier aufgestellt, hat besondere, durch künstlerischen Wettbewerb erreichte Lichtbilder für diesen Jubiläumstag vorbereitet und für entsprechende Broschüren Sorge getragen. Es scheint denn auch, daß in dieser Hinsicht Großpolen die anderen Landesteile übertreffen wird, ähnlich, wie dies der Fall war bei der Veranstaltung von Slowakischeiern. Es gab nämlich in der Provinz Posen auch nicht ein Städtchen, in dem nicht eine derartige Feier veranstaltet worden wäre, und überall tat man es mit nationaler Begeisterung und mit aufrichtigem Verständnis für die Größe des Dichters.

Vor zwei Wochen starb in der Stadt Rogasen der dortige Pfarrer Theophil Gapezynski, einer der jüngeren, aber auf dem national-gesellschaftlichen Gebiete rührigsten polnischen Geistlichen. Er befaßte sich hauptsächlich mit der Arbeiterfrage und verbüßte während des Schulstreiks einen Monat im preussischen Gefängnisse. Durch seinen zu früh erfolgten Tod hat die polnische Gesellschaft einen großen Verlust erlitten. Ehre sei seinem Andenken!

Aus Nr. 76 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 17. Februar 1910:

Die Folgen der Reaktion.

Die preussische Regierung braucht noch nicht „vor dem Zorn der Nation zu zittern“ und die „rote Gefahr“ zu fürchten. Auf die ihr vorläufig noch rückhaltlos gehorsame Armee und auf den musterhaft — vom Standpunkte der Staatsidee — funktionierenden bürokratischen Verwaltungsapparat sich stützend, kann sie nach wie vor die öffentliche Meinung verspotten und auf alle Kundgebungen der Unzufriedenheit in der Nation mit dem überlieferungsmäßigen preussischen Gebot für die treuen Unterthanen: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“ antworten.

Dies zeigte sich neuerdings am vergangenen Sonntag. Nach den Stimmen der deutschen, nicht nur sozialdemokratischen, sondern auch der sogenannten bürgerlichen Presse urteilend, mußte man annehmen, daß die Entrüstung gegen die Regierung wegen der der Bevölkerung bei der Wahlreformvorlage zugefügten Enttäuschung, verbunden mit der geradezu zynischen Verspottung des Willens der Nation, in deren Seele einen so hohen Grad erreichte, daß sie keinen Anstand nehmen werde, die Schranken ihrer treuergebenen Gefügigkeit zu durchbrechen und endlich einmal der Regierung ihre Macht zeigen würde. Die Regierung selbst hat, trotz ihres großen Selbstbewußtseins, trotz des unerschütterlichen Vertrauens zu allen gehörig funktionierenden, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und der öffentlichen Ordnung berufenen Organen und Beamten offenbar mit der Möglichkeit einer stärkeren Bewegung und vielleicht des Ausbruchs oppositioneller Leidenschaften gerechnet, denn sie hat von vornherein

für einen derartigen Fall außergewöhnliche Vorbereitungen getroffen. Indes hat sich auch diesmal das Sprichwort von dem kleinen Regen aus einer großen Wolke bewahrheitet.

In mehreren sozialdemokratischen und einigen liberal-demokratischen Versammlungen ließen sich zwar am Sonntag Stimmen der Entrüstung und Verdammung gegen die Regierung vernehmen, — über hunderttausend Männer aus dem Volke zogen sich zwar auf den Straßen Berlins in der Absicht zusammen, die in der Nation herrschende Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen: doch diese Volkschaufen vermieden alles, was allzugreß gegen die Vorschriften der polizeilichen Ruhe und Ordnung verstieß.

Der Anblick der Massenumzüge, von denen einige über zwanzigtausend Menschen zählten, vergegenwärtigte ganz treffend die den preußischen Deutschen geradezu angeborene Disziplin.

Mit welcher Sorgfalt wurde nicht dafür gesorgt, daß der Straßenverkehr nicht gehemmt wurde! Als sich die Reihen der Demonstranten zu sehr auszuweiten anfangen, genügte ein Wink der Umzugsleiter, daß sie sich in zwei Teile teilten und zwischen sich einen freien Durchgang für den gewöhnlichen Straßenverkehr öffneten. Und wo immer man einem stärkeren Polizeiaufgebot begegnete, das den Weitermarsch nicht gestattete, verließen die Volksmengen sofort den eingeschlagenen Weg und wendeten sich nach einer anderen Richtung. Mit Leichtigkeit gelang es auch der Berliner Polizei, den von den Leitern beabsichtigten sozialdemokratischen Demonstrationen vor dem königlichen Schlosse und dem Reichskanzlerpalast vorzubeugen. Nur die herausfordernde Hohheit der allzu sehr auf ihre Macht pochenden Polizeiorgane hatte es zuwege gebracht, daß es an einigen Stellen zu Reibungen und Schlägereien kam und es Verletzungen und Beulen gab. Diese stürmischen Vorkommnisse standen jedoch in keinem Verhältnis zu dem Umfange der Demonstration und der angeblichen Größe der allgemeinen Entrüstung.

Einen ähnlichen Verlauf hatten auch die an demselben Tage veranstalteten Demonstrationen in den großen und mittleren Provinzialstädten.

Nur in Halle, Magdeburg und in der holfsteinischen, etwa 25 000 Einwohner zählenden Stadt Neumünster nahmen die Krawalle einen etwas blutigen Charakter an, aber auch in diesen Fällen nur wegen der allzu herausfordernden Haltung der Polizei. Nirgends platzte eine Bombe, nirgends fiel auch nur ein Schuß, nirgends wurde das Pflaster aufgerissen und wurde mit Steinen geworfen — überall dagegen zog man sich nach kurzem Widerstande ordnungsmäßig und gewandt vor den Angriffen der Polizei zurück.

In dieser Disziplin der Volksmengen, in dieser ihrer ungewöhnlichen Selbstbeherrschung könnte man einen hohen Grad politischer und gesellschaftlicher Kultur erblicken, wenn diese nicht auch das Ergebnis anderer wichtiger Ursachen wäre. Nicht durch derartige Demonstrationen wurde vor sechzig Jahren in Berlin die Verleihung der Verfassung erkämpft. Ein anderer Geist herrschte damals in der deutschen Nation, von idealeren Beweggründen ließ man sich leiten. Dieser Idealismus führte die Deutschen von Sieg zu Sieg und brachte ihnen endlich die Erfüllung ihrer nationalen Träume. Nachdem sie ihn aber vollständig aufgegeben und nachdem sie dem alltäglichen Materialismus verfallen sind, geraten sie immer tiefer in den Sumpf der Reaktion, und heute besitzen sie nicht einmal den Mut und die Kraft, sich eine demokratischere Wahlreform zum preußischen Landtage zu erkämpfen!

Denn nicht nur bei der preußischen Regierung nimmt die Reaktion immer mehr überhand; trotz der radikalen Strömungen des Umsturzes bemächtigte sie sich der Seele der ganzen Nation, und hauptsächlich von ihr, nicht aber von der höheren politischen Kultur stammt heute die ungewöhnliche Disziplin den Behörden und der Staatsidee gegenüber. Eine Nation, die sich nicht mehr gegen die Vergewaltigung der Rechte nationaler Minderheiten entrüstet, versteht auch nicht, sich emporzuraffen, um die reaktionäre Allgewalt ihres Beamtentums zu brechen.

Diese Disziplin kann weniger kulturellen oder mit heißerem Temperament ausgestatteten Nationen imponieren, sie wird aber nicht Leuten wie Bethmann-Hollweg und Rheinbaben imponieren. Im Gegenteil, sie wird sie lediglich in der Überzeugung bestärken, daß sie gerade das Ergebnis ihres reaktionären Erziehungssystems der Nation ist, daß also dieses System gut und heilbringend für den Staat ist.

In Neumünster haben die Polizeifabel den Demonstranten Finger, Nasen und Ohren abgehauen, und dafür sowie für die musterhafte Disziplin der demonstrierenden Volksmengen in Berlin sollen die Veranstalter der Demonstration und die Hüter dieser Disziplin vor die Gerichtsschranken gestellt werden. Sie werden mindestens zu zehn und mehr Jahren Gefängnis verurteilt werden, und dies wird der einzige Erfolg der Sonntagsdemonstrationen sein.

Die deutsche Presse wird noch wie vor gegen den Reichskanzler und die Regierung losziehen, im deutschen Reichstage und vielleicht auch im preußischen Landtage werden radikale Reden und Phrasen weiter gedroschen werden, Bethmann-Hollweg und Rheinbaben aber werden ruhig weiter darüber spotten. Die Wahlreformvorlage wird bestenfalls in der Kommission untergehen und die preußische Nation wird nach wie vor der wahren Verfassung so fern stehen wie heute. Und dies wird sich nicht eher ändern, als bis der „vergiftete Geist der Nation“ gesundet.

Aus Nr. 88 der Nowa Reforma (Kraľau)
vom 24. Februar 1910:

Graf Threnthal in Berlin.

Der österreich-ungarische Minister des Äußeren, Graf Threnthal, weilte in Berlin, von wo er sich am Donnerstag nach München begibt. Amtlich wird die Reise als ein Gegenbesuch für den Besuch des deutschen Reichskanzlers in Wien im September v. J. dargestellt, also als ein Akt gewöhnlicher nachbarlicher und bundesgenossenschaftlicher Höflichkeit, der keine außergewöhnliche aktuelle politische Bedeutung besitzt. Auch die Wiener Presse erblickt in dem Besuch vor allen Dingen einen neuen Beweis für die Dauerhaftigkeit und Festigkeit des Bündnisses sowie für die innige Freundschaft, die das Deutsche Reich mit der österreich-ungarischen Monarchie verbindet, eines Bündnisses, das, wie die Neue Freie Presse mit Stolz hervorhebt, mehr denn dreißig Jahre bestand und mit Rücksicht auf seine lange Dauer und sich stets erneuernde Freundschaft und beiderseitige Treue „in der Geschichte geradezu eine Ausnahmeerscheinung“ bildet. Erst nach langen, überschwänglichen Lobgesängen über diese Freundschaft, Treue und unerschütterliche Interessengemeinschaft der beiden Mächte hielt das Wiener Organ es für angezeigt, auch einige Worte über eine Angelegenheit fallen

zu lassen, die ebenfalls einen gewissen Zusammenhang mit dem Berliner Besuche des Leiters der österreichisch-ungarischen auswärtigen Politik haben kann, nämlich über die in Vorbereitung begriffene neue Annäherung Österreich-Ungarns an Rußland.

Die Neue Freie Presse beunruhigt sich keineswegs darüber, daß diese Extratour Österreich-Ungarns irgendwie die Harmonie der Bundesgenossen stören könnte; im Gegenteil, sie drückt die Überzeugung aus, daß man diese neue Schwenkung der österreichischen Politik mit Befriedigung und Sympathie in Berlin begrüße, weil Deutschland „darin ebenfalls den Zweck seiner Politik Rußland gegenüber gefunden hat.“

Ähnlicher Ansicht über diese Reise ist auch ein großer Teil der Berliner Presse, namentlich die sogenannte halbamtliche. Es fehlt dort aber auch nicht an Stimmen, die den Besuch des Grafen v. Aehrenthal eben als eine Art Sühneakt für dieses neue Liebäugeln Österreich-Ungarns mit seinem östlichen Nachbarn betrachten, einem Staate, der in den letzten Jahren keine wohlwollende Haltung Deutschland gegenüber einnahm. Das Berliner Reichskanzlerorgan, die Nordd. Allg. Ztg., das den Grafen v. Aehrenthal geradezu mit Begeisterung begrüßt, erwähnt nichts von dieser Angelegenheit, dagegen frisch es die Erinnerung auf an die unlängst erlebten geschichtlichen Augenblicke, in welchen die Bundestreue Österreich-Ungarns mit Deutschland eine so glänzende Feuerprobe bestand, und rühmt überdies den Grafen Aehrenthal geradezu als einen Mann der Vorsehung für Österreich-Ungarn, „der Deutschland unerschütterliches Vertrauen entgegenbringt, das übrigens von deutscher Seite voll und ganz erwidert wird“.

Wenn man jedoch zwischen den Zeilen aller dieser Schmeicheleien und Herzlichkeitsbeteuerungen liest, kommt man leicht zu der Schlußfolgerung, daß die Annäherungsfrage Österreich-Ungarns an Rußland wahrscheinlich den Hauptgegenstand des Meinungsaustausches zwischen dem Grafen v. Aehrenthal und dem deutschen Reichskanzler und seinem Staatssekretär des Äußeren bildet. Hierfür spricht auch der Umstand, daß Graf v. Aehrenthal erst jetzt, nach fünf Monaten sich seiner Pflicht erinnerte, den Besuch seines Kollegen in Berlin zu erwidern, daß er sich gerade in dem Augenblick dorthin begab, wo die Verhandlungen wegen der Wiederherstellung engerer Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland sich ihrem Ende zu nahen und von gutem Erfolg gekrönt zu werden scheinen.

Es ist selbstverständlich, daß Deutschland viel daran liegen muß, daß Österreich-Ungarn in seiner neuen Schwenkung zu Rußland seinen deutschen Bundesgenossen nicht vergißt, daß es bei dem Abschließen irgendeiner neuen „entente cordiale“ mit dem Zarenreiche auch die Berliner Interessen berücksichtigt. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß die deutsche Diplomatie nach dieser Richtung hin alles in Bewegung setzte, daß sie während der Festmahle und Empfänge in Berlin in diesem Sinne den Grafen v. Aehrenthal beeinflusst. Denn das Wiedergewinnen des Wohlwollens Rußlands durch Vermittlung Österreichs wäre für Berlin ein Triumph von großer Bedeutung, ein Triumph namentlich den Gegenbestrebungen englischer Politik gegenüber.

Als ehrlicher Makler nach dieser Richtung hin konnte Graf von Aehrenthal von vornherein auf den herzlichsten Empfang in Berlin rechnen. Die Tatsache aber, daß er sich gerade unmittelbar vor der Beendigung der betreffenden Verhandlungen mit Rußland dorthin begab, gibt der Vermutung Raum, daß er dadurch die Gerüchte Lügen strafen wollte, als ob Österreich-Ungarn die Absicht hätte, eine neue Politik

anzufangen, als ob es sich bemühte, sich von den Einflüssen Berlins loszumachen, ja, sich sogar der Konstellation der Mächte zu nähern, die nicht erst seit heute die Isolierung Deutschlands anstrebt. Zu einer derartigen Wendung, die für Österreich vielleicht sehr günstig wäre, wird sich Graf von Aehrenthal wahrscheinlich niemals emporraffen. Wien ist immer noch zu sehr von der Dankbarkeit für die angebliche treue Hilfe während des Annexionssturmes durchdrungen, ist noch zu sehr von der Täuschung befangen, als daß es sich in der allgemeinen Lage und auch darin zu rechtfinden könnte, was ihm das Lebensinteresse Österreich-Ungarns gebietet. Also auch in diesem Falle wird die österreichisch-ungarische Diplomatie wahrscheinlich zum großen Teil — im wahren Sinne des Wortes „pour le roi de Prusse“ handeln.

Für uns und für alle nichtdeutschen Völker Österreichs kann diese Anbetung Deutschlands seitens der österreichisch-ungarischen Diplomatie, diese Zuorkommenheit den deutschen Interessen gegenüber weder sympathisch noch erwünscht sein. Diese Diplomatie hat ihre eigentliche Aufgabe, nämlich die selbständige Politik nicht nur Berlin, sondern auch Petersburg gegenüber, noch nicht erkannt, noch nicht entdeckt. Die Politik Österreich-Ungarns bewegt sich nach wie vor auf denselben Bahnen wie zuzeiten des Dreikaiserbündnisses, anstatt ein neues Gebäude zu errichten, das der Monarchie eine neue Zukunft eröffnete. Graf v. Aehrenthal wird nach wie vor der Makler deutscher Interessen bleiben und davon wird ihn auch nicht eine derartige Geringschätzung Österreichs in der Praktik abbringen, wie sie sich neuerdings Deutschland in Sachen der deutschen Flußschiffahrtsteuer hat zu Schulden kommen lassen.

Daß aber Berlin vollkommen mit ihm zufrieden ist, daß dasselbe es für nötig hielt, in seiner Person die neuen Beweise der Bundestreue zu belohnen, beweist die Verleihung der Brillanten zum Schwarzen Adlerorden. Möchte nur nicht diese Auszeichnung vollends die Selbständigkeit der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns lahmlegen.

Aus Nr. 55 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 24. Februar 1910:

Posener Korrespondenz.

21. Februar 1910.

Erst im Herbst dieses Jahres soll die Eröffnung des neuen deutschen Theaters stattfinden und schon macht man seitens der Behörde leise Anstrengungen, die Feier möglichst prächtig zu gestalten. Die preussische Regierung hat im vergangenen Jahre eine bedeutende einmalige Subvention zum Bau des ungeheuren Gebäudes auf dem Gelände der früheren Festungswälle in unmittelbarer Nähe des Palastes des preussischen Königs und des Gebäudes der Ansiedelungskommission bewilligt. Sie hat ferner versprochen, im Interesse des Deutschthums dem Theater eine jährliche Subvention unter der Bedingung zu bewilligen, daß in ihm die polnische Sprache ausgeschlossen ist. Die Stadtverordneten haben zusammen mit dem Magistrat der Stadt Posen unter gleichzeitiger Bewilligung einer Beisteuer von nahezu 1 Million Mk. diese Klausel angenommen. Jetzt, nachdem man beschlossen hat, Wilhelm II. zur Eröffnung des Theaters einzuladen, hat man gleichzeitig sehr diskret und vorsichtig zu sondieren begonnen, ob sich an den

deutschen Feierlichkeiten nicht auch Polen beteiligen möchten. Die Arrangure sind nicht wenig darüber in Sorge, wen sie zu dem Feste einladen sollen. Sie haben allerdings Beamte im Überfluß, aber man kann doch nicht nur mit solchen das ganze Theater füllen. Es gibt allerdings auch einige deutsche Gutsbesitzer und viele Ansiedler, aber auch der verbissenste Sakatist kann nicht behaupten, daß sie das ganze Großherzogtum Posen repräsentieren. Man möchte wenigstens den Schein retten.

Deshalb haben die Landräte den Wink erhalten, beim Zusammentreffen mit Gutsbesitzern diese nicht offiziell so nebenbei zu befragen, ob sie sich bei den Herbstfeiern nicht dem Wilhelm präsentieren möchten. Es steht außer Frage, daß ein Anreiz dieser Art nicht nur taktlos in hohem Maße ist, sondern auch vergeblich. Denn in der ganzen großpolnischen Volksversammlung dürfte sich wohl niemand finden, der sich freiwillig an den Pranger der öffentlichen Meinung stellen und sich gleichzeitig der Gefahr aussetzen möchte, daß seine nationalen Empfindungen am Hofe des preußischen Königs verletzt werden. Die Antwort jener, die wegen ihrer Beteiligung befragt werden, ergibt sich übrigens ganz von selbst: „Ich bin Pole und kann mich nicht dort aufhalten, wo meine Muttersprache dem offiziellen Boykott unterliegt. Schließlich könnte man mich

während meiner Anwesenheit im Gefolge des Königs auf seinen Befehl boykottieren und ich hätte nicht einmal die Zeit, für meine Familie und meine Andenken verteidigend einzutreten.“

Anders verhält es sich mit den polnischen Hofbeamten, und zwar insofern als sie den Befehl zum Erscheinen erhalten. Wenn sie nicht erscheinen, dann haben sie ihre Entlassung zu erwarten, wie dies vor einigen Jahren mit dem Vertreter der Familie Jolowski, einem Kammerherrn des preußischen Königs, der Fall gewesen war. Wir haben allerdings nur drei derartige Ehrenmitglieder im Dienste Wilhelms II., und zwar den Kammerherrn Heinrich von Morawski und die Kammerjunker von Kurnatowski-Przysica und von Loncki-Paloslaw. Der erste ist ein kranker Mann und steht zusammen mit von Kurnatowski der polnischen Volksversammlung gleichgültig gegenüber. Dagegen spielt Stefan von Lacki in den Kreisen unserer Gutsbesitzer eine hervorragende Rolle und seine Kompromittierung würde ein unangenehmes Ereignis sein. Unzweifelhaft wird er aber einen passenden Ausweg finden. Die Militärbehörden führen schließlich Listen der Reserveoffiziere und es kann sein, daß dieser oder jener Pole noch mit einem Befehl beglückt werden wird.

Lech.